

MAI 2009  
DAS VPOD-MAGAZIN ERSCHEINT 10-MAL PRO JAHR

# vpod

Die Gewerkschaft

SCHWEIZERISCHER VERBAND DES PERSONALS ÖFFENTLICHER DIENSTE

## Fallkostenpauschalen

Ende der humanen Humanmedizin?



## Fallkostenpauschalen: Petition unterschreiben!

Der vpod ist an alle Personal- und Berufsverbände im Gesundheitswesen gelangt mit dem Vorschlag einer gemeinsamen DRG-Petition. Bei Drucklegung des vpod-Magazins hat bereits eine ganze Reihe von Verbänden entschieden, mitzumachen (Stand 29.4.): Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO), Schweizerischer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), Schweizerischer Verband der Berufsorganisationen im Gesundheitswesen (SVBG), Schweizer Physiotherapie-Verband Physioswiss, Schweizerischer Verband diplomierter Ernährungsberaterinnen (SVDE), Deutschschweizer Logopädinnen- und Logopädenverband (DLV), Association Romande des Logopédistes Diplômés (ARLD), Schweizerischer Fachverband der Sozialdienste in Spitälern (SFSS).

Bitte die nachstehende Petition unterschreiben! Weitere Bogen können bestellt werden via E-Mail bei dipti.buerki@vpod-ssp.ch (bitte Postadresse und Anzahl der Bogen angeben).

### Petitionstext

### DRG-Einführung: Es braucht flankierende Massnahmen für PatientInnen und Personal

Die unterzeichnenden Personen sind im Gesundheitswesen tätig oder Patientinnen und Patienten.

Sie fordern den Bundesrat auf, bis Ende 2009 unter Einbezug aller Betroffenen konkrete Massnahmen zu ergreifen, damit die PatientInnen und das Personal vor den negativen Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung geschützt sind. Das bedeutet:

- Die Qualität der Versorgung ist gewährleistet.
- Die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals sind gesetzeskonform.
- Die Einhaltung der orts- und branchenüblichen Löhne ist gesichert.
- Personalschlüssel sind definiert und dürfen nicht unterschritten werden.
- Die Finanzierung der Weiterbildung ist geregelt.
- Die Begleitforschung ist spätestens am 1. Januar 2011 gestartet.

Ohne entsprechende Schutzmassnahmen darf die Spitalfinanzierung nicht eingeführt werden. Um konkrete Lösungen zu erarbeiten, fordert das unterzeichnende Personal den Bundesrat auf, einen runden Tisch einzuberufen.

Name, Vorname	Beruf	Unterschrift

**Hinweis:** Diese Petition darf von allen im Gesundheitswesen tätigen Personen sowie von Patientinnen und Patienten unterzeichnet werden, unabhängig von der Berufsgruppe oder der Nationalität.

Ausgefüllte Bogen einsenden an: **vpod Zentralsekretariat, DRG-Petition, Postfach, 8036 Zürich**



vpod-Verbandskonferenz Gesundheit  
Donnerstag, 18. Juni 2009, 10.15 bis 16.30 Uhr  
Solothurn, Hotel Krone, Hauptgasse 64 (500 m vom Bahnhof entfernt)

## DRG – so nicht!

Mit Thomas Böhm (Personalratsvorsitzender Klinikum Stuttgart), Lilly Rapp (Vizepräsidentin der Personalkommission des Kantonsspitals Zug), Margrit Kessler (Präsidentin Stiftung SPO Patientenschutz). Die Konferenz endet mit einer Aktion vor dem Hauptsitz des Krankenkassenverbandes Santésuisse.

### Talon

Ich melde mich für die vpod-Konferenz Gesundheit vom 18. Juni 2009 an:

Name  Vorname

Adresse

E-Mail

vpod-Sektion/Region

Bitte bis spätestens am 29. Mai 2009 senden an: vpod-Zentralsekretariat, z. H. Dipti Bürki, Postfach, 8036 Zürich. Oder faxen an: 044 266 52 53 oder eine E-Mail mit den obigen Angaben senden an dipti.buerki@vpod-ssp.ch



**Exklusiv für vpod-Mitglieder:  
SBB-GA günstiger! Neu auch 1. Klasse!**

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Comedia bieten wir Vergünstigungen beim Kauf eines SBB-Generalabos 2. Klasse und neu auch 1. Klasse an.

### Günstiger Reisen mit dem vpod:

Kategorie	Normalpreis		Mitgliederpreis	
	2. Klasse	1. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
Erwachsene	Fr. 3100.–	Fr. 4850.–	Fr. 2976.–	Fr. 4656.–
Seniorinnen und Senioren (AHV-Alter*)	Fr. 2350.–	Fr. 3700.–	Fr. 2256.–	Fr. 3552.–
Juniorinnen und Junioren (16 bis 25)	Fr. 2250.–	Fr. 3600.–	Fr. 2160.–	Fr. 3456.–
Duo Partner**	Fr. 2100.–	Fr. 3200.–	Fr. 2016.–	Fr. 3072.–
Plus Familia Partner***	Fr. 1700.–		Fr. 1632.–	

\* Frauen 64, Männer 65 \*\* Voraussetzung ist ein Basis-GA im gleichen Haushalt \*\*\* Voraussetzung ist, nebst dem Basis-GA eines Elternteils, ein GA Plus Familia Kind/Jugend

### Das GA kann wie folgt bestellt werden:

Schriftlich: vpod Zentralsekretariat, Postfach 8279, 8036 Zürich  
Per Telefon: 044 266 52 21 (Brigitta Mazzocco)  
Per E-Mail: brigitta.mazzocco@vpod-ssp.ch  
Im Internet: www.vpod.ch/service/sbb-generalabonnement.html

Wir versenden per Post eine Rechnung. Nach Eingang der Zahlung schicken wir einen GA-Gutschein, der an jedem SBB-Schalter eingelöst werden kann. Gemäss den Bestimmungen der SBB dürfen nur Mitglieder Gutscheine bestellen. Familienangehörige von Mitgliedern, die selber nicht vpod-Mitglieder sind, haben keinen Anspruch.

### Bestelltalon:

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort  Mitglied Sektion

**Gewünschte Kategorie und Klasse ankreuzen:**  1. Klasse  2. Klasse

Erwachsene  Junioren (16–25 Jahre)  Senioren (AHV-Alter)  
 Duo Partner (im selben Haushalt lebend)  Plus Familia Partner

**Bitte berücksichtigen:** Es muss mit einer Bearbeitungszeit von etwa 10 Arbeitstagen (2. Klasse) bzw. 15 Arbeitstagen (1. Klasse) gerechnet werden.



Christoph Schlatter,  
Redaktor vpod-Magazin

## Abstauben

Die Putzfrauen waren bekanntlich die ersten Frauen, die ins Bundeshaus durften. Erst 1971 liess man auch Politikerinnen dort ein. Die Hoffnung, dass die Welt dadurch besser würde, hat sich allerdings zerschlagen, spätestens mit dem Auftauchen von Jasmin Hutter und ihrem Kampf gegen Russpartikelfilter.

Bei Russ handelt es sich um feinste Produkte aus Verbrennungsprozessen; mit dem gemeinen Staub und dem Rauch zusammen bilden sie den sogenannten Schwebstaub. Jede Hausfrau kennt diese Plage der Menschheit und unterteilt sie entweder nach Partikelgrösse in ultrafein, lungengängig, inhalierbar und grob oder aber nach Herkunft in Faser-, Sahara-, Blüten- und Sternenstaub sowie Milbenkot. Dann wischt sie mit dem Staubtuch über die Kommode und befördert das Weggefegte mittels Ausschütteln ins offene Fenster der Nachbarin.

Professionell ist dieses Vorgehen allerdings nicht. Zu professionellen Reinigungsarbeiten trägt man nämlich Deodorant sowie «helles T-Shirt oder Bluse (keine Trägerleibchen), dunkle Hose oder Rock (uni) und flache, sichere Schuhe». Zumindest steht das so in den Richtlinien für das Bundesputzpersonal. Immerhin verdient man unter der Bundeskuppel zwar schlecht, aber im Vergleich zur übrigen Branche mit 46 000 bis 64 000 Franken geradezu anständig.

Jetzt droht allerdings Ungemach: Dezentralisierung, womöglich Ausgliederung. Das wollen die Bundesputzfrauen nicht hinnehmen. Zu Recht. Sie drohen, wie bereits berichtet, mit Streik – mitten in der Sommersession. Da vom anfallenden Staub etwa 40 Prozent aus der Industrie, je etwa 20 Prozent aus dem Strassenverkehr und der Landwirtschaft und etwa 5 Prozent aus Haushaltungen stammen dürften, müssen die restlichen 15 Prozent direkt im Bundeshaus erzeugt worden sein. Im Verdacht, verstaubtes abzusondern, steht namentlich Bundesrat Merz. Der grösste Teil des Ausstosses aber geht ohne Zweifel auf das Konto von Russpartikelemittentin Jasmin Hutter. Wenn das liegen bliebe! Zum Glück signalisiert Bundesbern inzwischen Einlenken!

## Themen des Monats

- 5 **Wanderwege in die Schweiz**  
Die vpod-Migrationskonferenz fand verschiedene Zugänge zum Thema
- 7 **Pädagogik in Stein und Glas**  
Was die Architekturgeschichte der Schulhäuser erzählt – Beispiel Stadt Zürich
- 8 **Planieren statt sanieren?**  
Gegen die Schwächung der Arbeitnehmerposition im Konkursrecht

- 9–12 **Dossier Fallkostenpauschalen**
- Drei Buchstaben: DRG – und was dahintersteckt
  - Zwei Ärzte: Doktor Hess (Affoltern) und Doktor Böhm (Stuttgart) warnen
  - Eine Position: Das Gesundheitspersonal wehrt sich gemeinsam

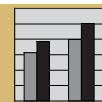
## Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten

- 13 A.-H.-Erlebnisse: Annette Hug muss das Thema wechseln



- 14 Die Wirtschaftslektion: Krise als reinigendes Gewitter? Nichts da...



- 14/15 Aus den Regionen und Sektionen

- 15 Wettbewerb: Abstinenzler, Aufklärer, Ameisenforscher... und Eugeniker



- 16 vpod aktuell

- 17 Hier half der vpod: Der Leitstelle gehorchen? Oder der Polizei?

- 18 Projektpartnerschaften sollen die Beziehung vpod–SAH vertiefen

- 19 Menschen im vpod: Von Brecht bis Schmaz mit Chorleiter Karl Scheuber

- 20 Schlusspunkt: Canan Taktak kämpft gegen die Vereinzelung

**Titelseite: Fallkostenpauschalen drohen, aus den Patientinnen und Patienten eine Ware zu machen. Damit die Humanmedizin human bleibt, braucht es zumindest flankierende Massnahmen.**

(Foto: bit.it/Photocase.com)

Redaktion/Administration: Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53  
Nr. 4, Mai 2009

E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch  
www.vpod.ch  
Erscheint 10-mal pro Jahr



**Sexy Herrenmode von Manor. Weniger sexy ist der Umgang des Unternehmens mit Mitarbeiterinnen...** (Foto: Manor)

**Breiter Protest gegen missbräuchliche Kündigung bei Manor.** Über 10 000 Kundinnen und Kunden verlangen von Manor mittels Petition die Rücknahme der Kündigung, die gegen Marisa Pralong ausgesprochen wurde. Die langjährige Verkäuferin in der Herrenkonfektionsabteilung von Manor Genf wurde entlassen, nachdem sie in der Presse die Arbeitsbedingungen im Weihnachtsverkauf kritisiert hatte. Pralong ist zugleich Mitglied der paritätischen GAV-Kommission des Genfer Detailhandels, weshalb ihre Entlassung auch gegen international bindendes Recht verstösst. (unia/slt)

**204 952 Unterschriften gegen Rentensenkung.** Das Referendum gegen die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge ist zustande gekommen. Zahlreiche Organisationen, darunter der vpod, haben die rekordverdächtige Zahl von 204 952 Unterschriften gesammelt – nötig wären 50 000. Unterstützt wird das Referendum von den Gewerkschaften und von weiteren Nichtregierungsorganisationen, von SP, Grünen und PdA, aber auch von der Konsumentenpresse (*K-Tipp*, *Saldo*, *Bon à savoir*). Die Tatsache, dass in den kalten Wintermonaten diese ausserordentlich hohe Zahl von Unterschriften zusammenkam, zeigt, dass es in der Gesellschaft eine breite Empörung gegen die Rentensenkung gibt. (vpod)

**Allpack-Prozess: Ignorante Justiz.** Das Strafgericht Baselland hat Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich im Dezember 2003 in der Verpackungsfirma «Allpack» in Reinach mit Streik gegen Entlassungen gewehrt haben, zu bedingten Geldstrafen verurteilt. Für die Mediengewerkschaft Comedia sind diese Ur-

teile skandalös: «Erneut stellen sich willfährige Richter auf die Seite eines unsozialen und rücksichtlosen Unternehmens und gegen das in der Bundesverfassung verankerte Streikrecht. Einmal mehr werden die ohnehin geringen Gewerkschaftsrechte in der Schweiz auch von der Justiz ignoriert.» Die Verurteilungen wegen Nötigung seien inakzeptabel; vielmehr sei es damals der Kanton gewesen, der mit einem brutalen Polizeieinsatz in unzulässiger Weise in den Arbeitskampf eingegriffen habe. Comedia, die den Streik von 2003 und die 22 angeklagten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Prozess unterstützt hat, wird nach Vorliegen der schriftlichen Urteilsbegründung über einen Weiterzug des Verfahrens entscheiden. (comedia)

**Harmos startet.** Harmos kommt: Mit dem Beitritt des Kantons Tessin – ein Referendum kam dort nicht zustande – sind es nun zehn Kantone, die beim Schulkonkordat mitmachen, was für eine partielle Inkraftsetzung der Vereinbarung ausreicht. (slt)

**Keine Panikmache bei Pensionskassen!** Der SGB wendet sich entschieden gegen die vom Departement Couchepin verlangte forcierte Sanierung der Pensionskassen. «Diese Politik ist unnötige Panikmache und verstärkt die Wirtschaftskrise», schreibt der Gewerkschaftsbund. Denn Sanierungsmassnahmen bedeuten Kaufkraftverlust – bei den Erwerbstätigen wegen höherer Beiträge, bei den Pensionierten wegen geringerer Renten. Das ist nicht nur konjunkturpolitisch falsch, sondern bedeutet auch eine unnötige Verunsicherung in der Krise. Der SGB hat den Bundesrat frühzeitig gebeten, mit Blick auf die Kaufkraft die Aufsichtsbehörden zur Zurückhaltung zu mahnen. Jetzt tut dieser das Gegenteil und rät zu Sanierungen, wo bisher davon nie die Rede gewesen war. (sgb)



**Auf der Liste der bedrohten Poststellen: 7149 Vrin (Kanton Graubünden).** (Foto: Post)

**Poststellen: Immerhin Transparenz.** Der Druck der Gewerkschaft Kommunikation (GeKo) zeigt erste Wirkung: Nach Ostern hat die

Schweizerische Post die zuvor geheim gehaltene Liste der über 500 zu überprüfenden Poststellen veröffentlicht. Die GeKo bekämpft die massiven Abbaupläne im Poststellennetz auch weiterhin und hält ihre Kampagne aufrecht, die bereits rund 30 000 Unterschriften erbracht hat und noch bis Ende Mai läuft. Der Kampf soll weitergehen: Die betroffenen Gemeinden müssen jetzt reagieren und für ihre Post kämpfen. Ist die Poststelle erst einmal geschlossen und durch eine Agentur oder den Hausservice ersetzt, ist es dafür zu spät, betont die GeKo. Weder Agenturen noch der Hausservice sind vollwertiger Ersatz für eine Poststelle: In Agenturen ist der Bargeldverkehr eingeschränkt, und der Hausservice nützt Werkträgern nichts. (geko/slt)

**Keine Lohnkürzungen für Zeitungsverträglichen.** Wer frühmorgens Zeitungen austrägt, gehört nicht zu den Grossverdienern. Die Zustell- und Vertriebsorganisation Zuvo (die NZZ und Tamedia gehört) will jetzt aber dennoch die Löhne ihrer Mitarbeitenden kürzen. Der Stundenlohn soll um bis zu 4 Franken gesenkt werden. Die Gewerkschaften Comedia und Kommunikation unterstützen die Betroffenen bei ihrem Kampf um anständige Löhne und Arbeitsbedingungen. (geko/comedia)

**Berufsbildungsfonds auch im Tessin.** Der Tessiner Grosse Rat hat ein neues Berufsbildungsgesetz verabschiedet, das auch einen kantonalen Berufsbildungsfonds enthält. Der kantonale Fonds ermöglicht – falls niemand das Referendum ergreift – die Umverteilung von jährlich 6 Millionen Franken zugunsten von ausbildenden Unternehmen. Der Anstoss zum Fonds war von einer SP-Initiative ausgegangen, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wurde. Nach Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Zürich ist das Tessin mittlerweile der siebte Kanton mit Berufsbildungsfonds; die Waadt dürfte bald folgen, in Basel-Stadt wird demnächst abgestimmt. (sgb)

**Migros vor Bundesgericht abgeblitzt.** Das Bundesgericht hat eine Beschwerde der Migros-Metzgerei Micarna vollumfänglich abgewiesen und damit die Haltung der Unia gutgeheissen. Die Voraussetzungen für die gesundheitsschädliche Dauernacht- und Dauersonntagsarbeit seien nicht gegeben, urteilten die Lausanner Richterinnen und Richter. Das Gericht bestätigte zudem das Recht der Unia, im vorliegenden Fall als Beschwerdeführerin aufzutreten. (unia)

Verbandskonferenz Migration am 25. April in Bern: Eine Chance für die öffentlichen Dienste

## Wer zuletzt kam, ist zuerst betroffen

**Sie strömen in die Schweiz und nutzen unsere Gesetze schamlos aus – dass viele bei diesen Worten reflexartig an die Migrationsbevölkerung und nicht an hinterzogene Steuergelder denken, ist symptomatisch. Wirtschaftliche Interessen über Menschenrechte stellen? Die rund 60 Teilnehmenden der ersten vpod-Verbandskonferenz Migration gaben Gegensteuer.**

Von Iris Bischel, vpod Region Zürich, soziokulturelle Animatorin

Zum Einstieg zeigte vpod-Generalsekretär Stefan Giger auf, dass Migration ein immerwährendes Phänomen der Menschheitsgeschichte ist – und kulturelle Normalität in praktisch allen Schweizer Familien. Der vpod versteht Wanderung als Chance, auch für den öffent-

liberalen Wirtschaftssystems. Demokratische Errungenschaften der 1960er und 1970er Jahre sind heute wieder bedroht, Solidarität, Grund- und Menschenrechte erodieren. Neoliberalismus heisst nicht nur Deregulierung, sondern bedeutet auch die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Ethische und soziale Ansprüche werden dem Profit untergeordnet, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf. Wachstum wird in dieser Logik rein monetär definiert; Qualität, Wohlstand, soziale Sicherheit und Nachhaltigkeit – und damit die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse – bleiben ausgeblendet. Und wer nicht zahlen kann, stört.

### Alle gegen die Schwachen?

Solche Entsolidarisierungstendenzen untergraben das Zusammenleben und rufen Verunsicherung hervor. Wer über Verängstigte

Die Migrationskommission ist seit 2004 aktiv. Themen waren bisher u. a.: Kampagnen für die erleichterte Einbürgerung (2004) und gegen weitere Verschärfungen der Ausländer- und Asylpolitik (2005), Projekt für interkulturelle Bildung (Erstsprachenförderung und papierlose Kinder in der Schule; seit 2006), SGB-Programm gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz (seit 2007). Kontakt: Michela Bovolenta, vpod-Zentralsekretärin in Lausanne, bovolenta@ssp-vpod.ch.

unten richtet, haben wir – Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – zu bekämpfen. Gewerkschaften müssen insbesondere das kollektive Handeln in der Öffentlichkeit sichtbar machen, um der Vereinzelung entgegenzutreten. Wir müssen in diversen Lebenswelten und sozialen Netzen aktiv sein: Kontakte soll die Gewerkschaft nicht nur im Betrieb knüpfen, sondern ebenso in Bildungsinstituten, in Medien, im Wohnquartier. Die Gewerkschaft muss die Leute dazu animieren, sich – ausdrücklich kostenlos – zu beteiligen und einzusetzen, damit ihre Stärke unabhängig bleibt.

### Ressourcen nutzen

In vier Ateliers beschäftigten sich die Anwesenden am Nachmittag vertieft mit einzelnen Themen. Dabei ging es etwa um die brachliegenden und zu wenig wertgeschätzten Ressourcen des zugewanderten Personals im Gesundheitswesen. Migrantinnen mit Arbeitsplatz Privathaushalt und Migrantenkinder in der Schule waren weitere Felder, für welche Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften erörtert wurden.

Das Thema ist komplex: Auch die Migrationsbevölkerung bringt – genau wie Alteingesessene – vielfältige Hintergründe mit und ist etwa bezüglich Bildungsstand oder Status alles andere als einheitlich. Zudem zeigt sich Diskriminierung sowohl individuell wie auch strukturell. In allen Ateliers spürbar war der Wille des vpod, Diskriminierung zu bekämpfen, beispielsweise gleichen Zugang zur Grundversorgung für die ganze Bevölkerung zu garantieren sowie Grund- und Menschenrechte zu verteidigen. In diese Richtung zielten auch die Resolutionen gegen die Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts und für eine bessere Integration des Gesundheitspersonals (zu finden unter [www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)).



Willkommensgruss in Lausanne: Die Ressourcen der Migrationsbevölkerung sind auch eine Chance für den Service public.

(Foto: Christoph Schlatter)

lichen Dienst. Ada Marra, SP-Nationalrätin aus dem Kanton Waadt, machte sich stark gegen eine weitere Verschärfung im Ausländer- und Asylrecht und für bessere Integrationsbedingungen.

Just am Jahrestag der Befreiung Italiens vom Faschismus begründete Hauptredner Salvatore Palidda, Soziologieprofessor in Genua, eine wichtige Erkenntnis: Rassismus, Diskriminierung und Abwehrmassnahmen gegen Zugewanderte sind Folgen des globalen neo-

herrschen will, braucht zur Ablenkung einen gemeinsamen Feind – am einfachsten: die ohnehin Ausgegrenzten. Ressentiments gegenüber Erwerbslosen, Sozialhilfeabhängigen, Betagten, Kranken, revoltierenden Jugendlichen und Migrantinnen und Migranten verschärfen sich; am stärksten trifft es Sans-Papiers. Wer zuletzt gekommen ist, ist am verletzlichsten und zuerst an der Reihe – früher oder später aber sind auch Etablierte betroffen. – Diese Nulltoleranz-Mentalität, welche sich gegen

Übersicht über die Vertrags- und Lohnverhandlungen 2008/2009

## Die Krise in den Köpfen

**Die von den SGB-Gewerkschaften für 2009 ausgehandelten Lohnerhöhungen bewegen sich meist zwischen 2 und 3 Prozent. In den erneuerten GAV fallen bessere Regelungen für Mindestlohn und Vaterschaftsurlaub auf.**

Von Christoph Schlatter

Der Überblick des SGB über die Vertrags- und Lohnverhandlungen der abgeschlossenen Saison zeigt zum einen einige neue Gesamtarbeitsverträge: Zu ihnen zählt aus dem Bereich des SEV ein Rahmen-GAV Normalspurbahnen Schweiz mit unbestimmter Gültigkeit. Unter dem Stichwort «erneuerte Verträge» fällt der bei Comedia umstrittene, dann aber mit Vier-Fünftel-Mehrheit deutlich akzeptierte GAV grafische Industrie ins Auge. Er bringt Fortschritte bei den vertraglichen Mindestlöhnen, aber Verschlechterungen bei den Nachtzulagen. Der Vertrag bei der Basler Chemie- und Pharmaindustrie konnte mit einigen familienpolitischen Errungenschaften angereichert werden.

### Schlechtes Wetter

Der ohne Zweifel härteste Konflikt ging der Erneuerung des Landesmantelvertrages der Bauhauptbranche voran, den die Baumeister 2007 gekündigt hatten, weil sie bei der Arbeitszeit mehr Flexibilität und das unternehmerische Risiko auf die Arbeiter abwälzen wollten. Der neue GAV kam erst nach Vermittlung und im zweiten Anlauf zustande. Für Arbeitsausfall wegen schlechten Wetters, technischer Pannen oder Arbeitsmangel wurde eine für die Arbeitgeber praktikable und für die Arbeitnehmer

### Öl fressen Löhne auf

Der Lohnindex 2008 zeigt einen Reallohnverlust von 0,4 Prozent. Der Rückgang hat zugleich die – zumeist bescheidenen – Reallohnstiege der Jahre zuvor beinahe wieder aufgefressen. Zwischen 2004 und 2008 stieg der Reallohn im Schnitt nur um 0,1 Prozent pro Jahr. Mit dem Knick werden die Arbeitnehmenden um die Früchte der guten Konjunktur geprellt – Grund ist die Erdöl-Preisexpllosion, ihrerseits wiederum ein Resultat der Spekulation. Die 2008 abgeschlossenen Verhandlungen dürften – bei niedriger Inflation – hier für Korrektur sorgen. (sgb)

transparente Lösung erzielt. Ohne derart grosse Konflikte brachte der vpod rund 20 GAV in den Bereichen Soziales, Pflege und Gesundheit, öffentlicher Nahverkehr, Energie und Bildung zu einem erneuerten Abschluss.

Weiterhin im vertragslosen Zustand befindet sich die Presse in der Deutschschweiz und im

Mehrheit der baugewerblichen Abschlüsse, für weitere GAV aus der Industrie, aber auch für viele Dienstleistungen (Post, Swisscom, Coop, Migros und einige Kantone). Ab Dezember fielen die Abschlüsse deutlich tiefer aus – zum einen wegen der markant fallenden Teuerung, zum anderen wegen der psy-



**Es weiss noch nichts von der Krise... Der Vaterschaftsurlaub wurde in verschiedenen GAV etwas erhöht, wird aber bisher längst nicht überall ausgeschöpft.** (Foto: Melissa Schalke/Fotolia)

Tessin. Die Verleger hatten den GAV 2004 gekündigt – sie wollten die Löhne nicht mehr auf dieser, sondern auf betrieblicher Ebene regeln, doch die Gewerkschaften stellten sich quer. Im Überblick fällt auf, dass vielerorts Mindestlöhne erhöht werden konnten, zum Teil markant. Auch bei der Gleichstellung und der Familienverträglichkeit gab es Fortschritte, namentlich der Vaterschaftsurlaub wurde in verschiedenen Branchen verlängert. (Wie jüngst eine Studie in der Stadt Zürich zeigte, wird der Vaterschaftsurlaub allerdings oft gar nicht ausgeschöpft.) Auch gelangen den Gewerkschaften – altersabhängig gestaffelte – Verbesserungen bei den Ferien, hingegen nicht bei der Wochenarbeitszeit.

### Psychologische Auswirkungen

Die Lohnabschlüsse spiegeln vorab den Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung: Was im November bereits unter Dach und Fach war, trägt meist eine 3 vor dem Komma – das gilt für die

psychologischen Auswirkungen der Finanzkrise. Im Organisationsgebiet des vpod ist ein Vergleich traditionell schwierig, weil zahlreiche Verträge mit unterschiedlichen Stichdaten und unterschiedlichen Arbeitgebern bestehen. Der Bund gewährt 2,2 Prozent (davon 1,1 Prozent Teuerungsausgleich und ebensoviel real); bei den Kantonen schwanken die Zahlen, wobei der Monat des massgeblichen Teuerungsindex vor allem von formaler Bedeutung ist (weil sich diese Unterschiede über die Jahre gesehen ausgleichen). Wichtiger ist die Frage, welcher Teil der zusätzlichen Lohnsumme auf alle verteilt und welcher Teil in Form von individuellen Zückerchen vergeben wird. Ein erfreuliches Beispiel ist Basel-Stadt, wo neben den 2,6 Prozent Teuerungsausgleich der garantierte Lohnstufenanstieg und zwei zusätzliche Ferientage herauszuschauen.

Das Dossier «Vertrags- und Lohnverhandlungen 2008/2009» kann für 4 Franken beim SGB, [info@sgb.ch](mailto:info@sgb.ch), bestellt werden.

## Pädagogische Prinzipien in Stein und Glas

# Was Schulhäuser erzählen

**Das nüchterne «Inventar der Schulhäuser der Stadt Zürich» erlaubt einen Gang durch Pädagogik- und Architekturgeschichte, der weit über die Limmatstadt hinausweist. Wiederkehrende Reformwellen haben ihre Spuren im Stadtbild hinterlassen.**

Von Christoph Schlatter

Der Titel des kleinen Bandes ist nüchtern: «Schulhäuser der Stadt Zürich. Spezialinventar». Man muss das Buch, in dem sämtliche 120 Volksschulhäuser der grössten Schweizer Stadt abgebildet und beschrieben sind, ein wenig schütteln, damit es Geschichten zu erzählen beginnt. Über 175 Jahre währt die Tradition der Institution «öffentliche Schule»: In der Zürcher Verfassung von 1832 wurde die allgemeine Volksschule für obligatorisch erklärt. Nur wenig jünger sind die ältesten Schulhäuser, die in der Stadt Zürich als solche erbaut wurden und noch heute so genutzt sind.

Etwa das Schulhaus Seefeld von 1846 oder das bekannte – weil auch politisch einst umstrittene – Kanzleischulhaus von 1860: Sie und viele weitere Schulbauten folgen der Anleitung des damaligen Regierungsrates zur Erbauung von Schulhäusern. Strenge Symmetrie kennzeichnet die neoklassizistischen Bauten mit ihren Dreiecksgiebeln, die über ein zentrales, aber enges Treppenhaus beidseitig auf jedem Stock je ein Schulzimmer erschliessen. Ordnung herrscht, Autorität wird ausgestrahlt; klein steht das Kind davor. Dessen wichtigstes Lernziel liegt damals auch weniger im kognitiven Bereich; vielmehr soll es Zucht und Disziplin annehmen. Auf erhöhtem Katheder sitzend, hatte der Lehrer eher überwachende als pädagogische Funktion, während die Schülerinnen und Schüler vorwiegend mit repetitiven Tätigkeiten beschäftigt wurden, etwa dem Abschreiben von Bibelversen... Übrigens waren die Schulzimmer mit 100 Quadratmetern keineswegs riesig – denn die Schulklassen zählten ja 100 Köpfe und je 200 Arme und Beine.

## Heimat- statt Jugendstil

Gegen die Jahrhundertwende bereiteten Reformbewegungen dieser rechtwinkligen Erwachsenenwelt ein Ende. Man spähte nach neuen, nie dagewesenen Formen – oder aber

nach ganz alten, verschütteten. In Zürich kam dabei weniger der europaweit prägende Jugendstil als vielmehr ein erdverbundener Heimatstil heraus, so im prägnanten Schulhaus Riedtli, das 1908 erbaut wurde. Auch das Raumangebot fächert sich auf: Das Kind soll nun nicht mehr bloss lernen und diszipliniert werden; zunehmend ist Kreativität gefragt. Zeichnen, Singen, Werken erfordern spezielle Räume; grosszügige Hallen und Korridore, womöglich eine Spielwiese kommen kindlichem Bewegungsdrang entgegen.

## Im Landidörfli

Nicht mehr bloss formbares oder gar zu stanzendes Material, sondern ein eigenständiges Wesen, dem nicht nur intellektuelle, sondern auch «Gemütspflege» gebührt: So sieht die Reformpädagogik das Kind. Im Neuen Bauen mit seinem Streben nach Luft und Licht und seinem Prinzip, dass die Form der Funktion folge, geschieht ein weiterer Schritt: Das Schulhaus neigt sich sozusagen hinab auf die Ebene des Kindes. Die flache Bauweise ist die auffälligste Neuerung der Schulhäuser, die in Zürich von den 1930er Jahren an errichtet wurden. Dazu kommen grosse Fenster, die den Blick auf die Natur frei- und jeden einschüchternden Repräsentationsanspruch aufgeben. Typische Schulhausanlagen aus dieser Zeit sind in Zürich die Schulhäuser Friesen-

berg (1930), Gubel B, Waidhalde (beide 1932) oder – als eines der bedeutendsten – Buhnrain (1933) (auch dieses letztere wieder, aus anderen Gründen allerdings, jüngst schweizweit im Gespräch).

Es gab nicht nur das Landidörfli: Auch Schulanlagen werden jetzt immer öfter in Form von Pavillons erstellt und zu eigentlichen kleinen Kinderdörfern gruppiert, in denen Innen und Aussen verschmelzen. Im Schulhaus Bachtobel (1947) weht noch der Landigeist. Auch noch zwei Jahrzehnte später, beim Schulhaus Riedhof (1962) etwa, sind flache Pavillons aktuell, während gleichzeitig neue Ansprüche und Herausforderungen die Schule bedrängen und ihr neue Raumtypen abfordern.

Auch der sogenannte Brutalismus mit seinen unverputzten Betonbauten fand im Schulhausbau Niederschlag, etwa in Stettbach (1967) oder am (wiederum aus anderen Gründen mediennotorischen) Borrweg (1975). Die jüngste Zeit hat nur noch wenige Schulhausbauten hinterlassen, weil die Bevölkerung nicht mehr so fruchtbar ist wie auch schon. Gleichzeitig hatten die alten Bauten Gelegenheit, ihre überraschende Anpassungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

*Schulhäuser der Stadt Zürich. Spezialinventar, hg. vom Hochbaudepartement der Stadt Zürich, Zürich 2008, 276 Seiten, 35 Franken. Zu beziehen beim Amt für Städtebau, Telefon 044 412 29 62, myrta.rueedi@zuerich.ch.*



Hier weht noch der Landigeist: Das Zürcher Schulhaus Bachtobel (1947), ein Pavillonbau mit Holzlattenverkleidung.

(Foto: Steffen Schmidt/Keystone)

EJPD will Arbeitnehmerposition im Konkursrecht weiter schwächen

## Planieren statt sanieren?

**Wer eine konkursite Firma erwirbt, übernimmt automatisch die verbleibenden Arbeitnehmenden, die bestehenden Arbeitsverträge und die vor dem Übergang fällig gewordenen Forderungen der Arbeitnehmenden. Das Justizdepartement will das jetzt ändern – der SGB stellt sich gegen diese Revision.**

Von Doris Bianchi, SGB-Zentralsekretärin

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) will das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) revidieren. Die Vorschläge zielen insbesondere auf das Sanierungsverfahren ab. Die Revision betrifft jedoch auch das Arbeitsvertragsrecht. Der SGB ist befremdet, dass in der derzeitigen tiefgreifenden wirtschaftlichen Rezession ein Revisionsvorhaben in einer Weise an die Hand genommen wird, welche die Arbeitnehmerinteressen massiv missachtet.

### Doppelt betroffen

Bereits die geltenden Vorschriften schützen die Arbeitnehmenden nur ungenügend, falls ihr Arbeitgeber insolvent wird. So fehlt etwa die Sozialplanpflicht bei Massenentlassungen. Anders als die anderen Gläubiger sind die Arbeitnehmenden von Krise und Insolvenz ihres Arbeitgebers doppelt betroffen: Zum einen ist ihnen als Gläubiger ihr rückständiger

und zukünftiger Lohn gefährdet. Zum anderen droht der Verlust ihrer Arbeitsplätze – und damit steht das wirtschaftliche Auskommen auf dem Spiel.

Die neuen Vorschläge lehnt der SGB erst recht ab. Sie zielen auf eine weitere Schwächung der Arbeitnehmerpositionen ab. Laut Vorentwurf soll der automatische Übergang von Arbeitsverträgen bei Betriebsübernahme während der Nachlassstundung, im Rahmen eines Konkurses oder eines Nachlassvertrages mit Vermögensabtretung ausgeschlossen werden. Wer eine konkursite Firma erwirbt, müsste somit die verbleibenden Mitarbeitenden nicht mehr übernehmen und könnte auch die Arbeitsbedingungen per sofort ändern.

Ebenso soll die solidarische Haftung des bisherigen Arbeitgebers und des Erwerbers für die Forderungen der Arbeitnehmenden, die vor dem Übergang fällig geworden sind, wegfallen. Der Erwerber müsste einzig für die Forderungen der übernommenen Arbeitnehmenden haften. Zudem sollen bei einer Sanierung die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmenden eingeschränkt werden. Fazit: Diese Änderungen ermöglichten dem Neu-Erwerber eine wahre Ausradierung der erworbenen Ansprüche der Arbeitnehmenden – eher eine Planierung als eine Sanierung...

### Rein ideologische Absicht

Wie aber kommt das EJPD auf solche Vorschläge? Es «argumentiert» damit, dass der

### Massnahmen bei den Massnahmen

Der Bericht des Seco zu den Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit im Jahr 2008 belegt in aller Deutlichkeit, wie wichtig die flankierenden Massnahmen für den Schutz der Schweizer Löhne und Arbeitsbedingungen sind. Bei rund 28 000 kontrollierten Betrieben wurden fast 4000 Lohnverstösse aufgedeckt. Das entspricht 14 Verstösse auf 100 Betriebe. Die Zahl der Lohnverstösse ist im Vergleich zu den Vorjahren nicht zurückgegangen.

Verschärft hat sich die Situation bei den Schweizer Arbeitgebern. Die vorgesehene Erhöhung der Anzahl Kontrollen bei inländischen Firmen ist daher eine wichtige Massnahme. Besonders bedenklich ist der starke Anstieg der Verstösse im Gesundheits- und Sozialwesen.

Auch Meldeverstösse haben deutlich zugenommen; das Problem der Scheinselbständigkeit bleibt virulent. Der SGB bemängelt, dass zur Sanktion von Verstösse gegen Normalarbeitsverträge eine Rechtsgrundlage fehlt. Das Parlament muss hier handeln. (sgb)

automatische Übergang der Arbeitsverhältnisse Sanierungen behindere. Nur: Die Behauptung, dass die Anwendung der bisherigen Bestimmungen (Art. 333 OR) Sanierungen erschwere oder gar verunmögliche, ist nicht einmal ansatzweise empirisch belegt. Hingegen ist das Ziel klar: Die Freiheit der Unternehmen soll stärker gewichtet werden. Sanierungen, die nur möglich sind, wenn vergangene Arbeitnehmerforderungen nicht bezahlt werden müssen, sind aber auch volkswirtschaftlich sehr problematisch. Denn sie belasten mittels Insolvenzenschädigung übermässig die Arbeitslosenversicherung und führen häufig zu erneuten Sanierungsfällen. Es ist empörend, wenn der Gesetzgeber solche wackeligen Sanierungen auch noch begünstigt.

### Sozialpartnerschaft bringt's

Im Übrigen bietet das flexible schweizerische Arbeitsvertragsrecht genügend Möglichkeiten für Anpassungen der Arbeitsverhältnisse beim Wechsel des Arbeitgebers. Die Praxis zeigt zudem, dass bei einem Betriebsübergang Vereinbarungen zwischen altem und neuem Arbeitgeber sowie den Sozialpartnern durchaus üblich sind. Die Förderung von sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen ist denn auch der einzige konstruktive Lösungsansatz.



Planieren statt sanieren? Der SGB wendet sich gegen die Schwächung der Arbeitnehmerposition im Konkursrecht.

(Foto: Sly/Fotolia)



DRG-basierte Spitalabrechnung bedroht humanes Gesundheitswesen

## Spitäler zu Profit-Centern?

**Ein neuer Begriff ist in aller Munde: Fallkostenpauschalen, englisch: Diagnosis Related Groups (DRG). DRG-basierte Spitalfinanzierung heisst: Die Spitäler erhalten pro Fall einen fixen Preis, unabhängig davon, wie aufwendig die Behandlung der Patientin tatsächlich ausfällt.**

Von Beat Ringger, vpod-Zentralsekretär

Für die Schweiz wird gegenwärtig ein Katalog von rund 1000 Fällen («Diagnosis Groups») erarbeitet. Jeder Diagnosegruppe wird ein sogenanntes Fallgewicht zugeordnet. Zur Berechnung der Preise werden Fallgewichte dann mit einer «Baserate» multipliziert. Die Höhe dieser Basisrate wird von den Krankenkassen und den Spitälern in jedem Kanton einzeln ausgehandelt. Das Fallgewicht soll die Schwere und die daraus folgenden durchschnittlichen Behandlungskosten spiegeln (z.B. Blinddarmentzündung ohne Komplikationen oder Blinddarm mit Nebendiagnose Diabetes usw.). Die Umstellung auf ein solches System geht auf die Spitalfinanzierungsvorlage zurück, die im Dezember 2007 von den eidgenössischen Räten beschlossen worden ist. Ab 2012 sollen demnach in der Schweiz sämtliche Spitalleistungen nach einem einheitlichen Swiss-DRG-System abgerechnet werden.

### Marktkonform gestaltet

Fallkostenpauschalen werden in vielen Ländern seit Jahren verwendet, meist zur Kostenkontrolle, allenfalls noch zur Budgetierung. Nur wenige Länder (USA, Deutschland) verwenden sie auch zur Finanzierung der Spitäler. Laut Peter Indra, Vizedirektor im Bundesamt für Gesundheit, geht dabei allerdings kein Land so weit, wie es die Schweiz nun plant. DRG können als Vehikel dienen, um das Gesundheitswesen zu ökonomisieren. Und genau dies wird hierzulande vorbereitet: Die Gesundheitsversorgung soll marktkonform modelliert werden, die Spitäler sollen zu Profit-Centern mutieren und in Konkurrenz zueinander gebracht werden. Patientinnen und Patienten werden damit zu einer Art Warenlager: Die Versuchung ist gross, jene Ware auszuwählen – das heisst: jene Diagnose zu stellen –, an der am meisten verdient werden kann.

Benchmarks zwischen den Spitälern – die ja nun alle nach identischen Methoden abrechnen werden – sollen dazu dienen, Druck auf die Preise auszuüben. Sparzwänge werden so an die Spitäler delegiert, ohne dass sich die Politik darum kümmern muss, wo und wie Einsparungen möglich sind. Damit ist ein gefährlicher Teufelskreis in Gang gesetzt. Denn die Spitäler werden auf den Spar- und Konkurrenzdruck «ökonomisch» reagieren müssen, indem sie möglichst viele Fälle generieren und aus jeder Patientin möglichst viel «herausholen».

### Das Beispiel Zug

Eine andere Konsequenz ist der Druck, der auf das Personal entsteht. In einigen Schweizer Kantonen sind bereits heute DRG-Vorläufermodelle in Anwendung. Zwar sind diese Modelle nicht einheitlich, und deshalb sind die Leistungen der Spitäler verschiedener Kantone noch nicht vergleichbar. Trotzdem: Die Krankenkassen versuchen schon jetzt, die Baserate zu senken. Im Frühjahr 2008 teilte die Leitung des Kantonsspitals Zug dem vpod mit, der GAV müsse möglicherweise gekündigt und die Löhne müssten deutlich gesenkt werden. Die Kassen würden sich nämlich weigern, eine kostendeckende Baserate zu akzeptieren – mit der Begründung, die Spitäler anderer Kantone seien billiger. Der vpod mobilisierte das Personal, das sich mit einer Petition und einer Protestaktion zur Wehr setzte. Mit Erfolg: Die Kantonsregierung setzte die Baserate so fest, dass GAV und Löhne vorderhand gesichert sind. Doch die Auseinandersetzung geht weiter: Die Kassen haben gegen den Entscheid beim Bund rekurriert. Und die Regierung setzt das Spital unter Zwang, im laufenden Jahr den Umsatz um mindestens 4 Prozent zu steigern. Der

Teufelskreis wirkt: Spitäler als Unternehmen, die möglichst viel verdienen müssen...

Das Zuger Beispiel zeigt: Es braucht dringend nationale Regeln zur Sicherung der Löhne und der Versorgungsqualität. Im Sommer 2008 wurden auf nationaler Ebene die Verordnungen zur Spitalfinanzierung angepasst. Der vpod hat sich zusammen mit andern Gewerkschaften und den Berufsverbänden dafür stark gemacht, dass dabei die orts- und branchenüblichen Löhne vollumfänglich zu respektieren seien. Ebenso seien griffige Mittel zur Qualitätssicherung einzuführen, und eine Begleitforschung müsse vor dem DRG-Start bereits etabliert sein. Alle diese Anliegen blieben jedoch ohne Gehör.

### Das Personal muss handeln

Das Gesundheitspersonal muss sich jetzt dringend einschalten, wenn Personal und Patientenschaft nicht unter die Räder geraten sollen. Der vpod hat deshalb beschlossen, eine auf mehrere Jahre ausgelegte Schwerpunkt-Kam-



**Möglichst viel aus jedem Patienten herausholen: Das ist die Logik von Fallkostenpauschalen...**

(Foto: Steve Cukrov/Fotolia)

pagne zu lancieren. Wir starten mit einer nationalen Petition und mit der Verbandskonferenz vom 18. Juni. Alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitswesen sind dann nach Solothurn eingeladen (siehe Seite 12). Die Petition kann man schon jetzt unterschreiben (siehe Seite 2).

Interview mit Christian Hess, Chefarzt am Bezirksspital Affoltern am Albis

## «Die Ressourcen werden am Krankenbett fehlend»

**Auch in der Ärzteschaft gibt es Bedenken: Ist das Prinzip verkehrt oder nur dessen Umsetzung? Das vpod-Magazin sprach mit Christian Hess, Chefarzt am Bezirksspital Affoltern. Fallkostenpauschalen oder Diagnosis Related Groups (DRG) sollen 2012 schweizweit eingeführt sein.**

Interview: Christoph Schlatter

**vpod-Magazin:** Fallkostenpauschalen stossen auch in der Ärzteschaft auf Widerstand. Was ist Ihre Hauptkritik an DRG?

**Christian Hess:** Dieses System geht nochmals einen Schritt weiter in einer rein materialistischen Definition des Menschen. Leiden – dieses existenzielle Erleben, das uns alle in irgendeiner Form trifft – wird reduziert auf eine geldbewertete Ware, mit der nun gehandelt wird. Faktisch führt das zur Instrumentalisierung

### Zu Risiken...

Von Thomas Böhm



DRG sind ein Preissystem: Man bekommt für die Behandlung einer bestimmten Krankheit eine bestimmte Summe Geld – genau wie bei einer Ware. In einem solchen System handelt rational, wer

- die Kosten pro Behandlung drückt. Dies ist ein klassischer Anreiz zur Unterversorgung.
- möglichst viele Behandlungen durchführt, bei denen man einen Gewinn erzielen kann. Dies ist ein klassischer Anreiz zur Überversorgung (unnötige Operationen, Kniespiegelingen usw.).
- diejenigen Patientinnen und Patienten, bei denen man erwarten muss, dass sie keine Gewinne abwerfen, möglichst vermeidet. Dies ist ein klassischer Anreiz zur Patientenselektion. Unrentabel sind Multimorbide, Alte und sozial Schwache. Rentabel sind Reiche und (möglichst) Gesunde.

Alle drei Punkte sind absolut unsozial, weil der Bedarf an Gesundheit nicht den Kriterien von Angebot und Nachfrage, von Markt und Wettbewerb folgt, weil diejenigen, die Gesundheitsversorgung am notwendigsten haben, am wenigsten in der Lage sind, hierfür zu bezahlen.

des Patienten. Das ist der Kern meines Vorwurfs.

*Können Sie das an einem konkreten Beispiel zeigen?*

DRG-Controller bekommen im Spital zunehmend eine wichtige Funktion: «Diesen Patienten noch einen Tag behalten, jenen ein paar Stunden länger beatmen, hier eine Kranke umgehend operieren und dort eine Sterbende sofort verlegen, damit der Tod nicht auf der Wachstation eintritt» – alles Massnahmen, die nicht medizinisch oder pflegerisch indiziert sind, sondern bloss die DRG-Rechnung verbessern. Beispiel Blinddarm: Wenn wir alle, die mit dem Verdacht auf Blinddarm zu uns kommen, sogleich unters Messer nehmen, handeln wir DRG-technisch optimal. Klare Diagnose, gutes Geld, keine Re-Infektionen und sichere, frühzeitige Entlassung. Und dazu noch hohe Fallzahlen, was für ein Spital ebenfalls günstig ist. Leider haben wir dabei auch viele junge Menschen operiert, deren Blinddarm überhaupt nicht entzündet war. Aber in allen gängigen Qualitätskriterien schneiden wir bestens ab.

*Das ist das klassische Beispiel eines Fehlanreizes.*

Das ist der Hauptpunkt. Überall wo Ökonomie die Regeln setzt, kommt es zu einer Mengenausweitung. Fallkostenpauschalen führen dann dazu, dass gesunde Menschen überbehandelt werden und Schwerkranke unterbehandelt. Gesunde Menschen können Sie perfekt kalkulieren. Jedes Knie, das Sie operieren können, bringt sicheres Geld bei wenig Risiko. Bei multimorbiden älteren Menschen verhält es sich umgekehrt: Hier kommt man mit den Kosten nicht hin...

*... und wird dann versuchen, diese Gruppe möglichst bald wieder loszuwerden?*

Solche Patienten werden – um in diesem hässlichen Bild zu bleiben – zu Material, das von Spital zu Spital verschoben wird.

*Das Wort «Pauschale» hört sich ja zunächst einmal nicht nach dem freien Spiel der Marktkräfte an...*

Dazu muss man sich vor Augen führen, wie eine solche Pauschale zustande kommt. Sie ist ja eine statistische Grösse, ein Mittelwert,

### ... und Nebenwirkungen...

Von Thomas Böhm



Die Einführung von DRG hat zusätzliche gravierende negative Folgen:

- Es besteht eine Unterfinanzierung von Kliniken mit relativ schweren Fällen, weil die Preisbildung über den Durchschnittspreis erfolgt, die schweren Fälle aber nicht gleichmässig verteilt sind.
- Dies führt auch zu Problemen bei kleinen Fallzahlen (kleinen Abteilungen), weil die Streuung statistisch grösser ist. Als Folge setzt sich ein Trend zu grossen Abteilungen und Kliniken durch.
- Es gibt eine Tendenz zum Overstaging, also dazu, Patienten kränker zu machen, als sie sind, weil man dann mehr abrechnen kann.

der aus einer Vielzahl von Fällen extrahiert ist. Der einzelne Mensch verursacht aber mit Sicherheit entweder mehr oder aber weniger Aufwand. Da verdient man, dort verliert man; in keinem Krankenhaus wird man genau die statistische Streuung haben, erst recht bei seltenen Diagnosen. In diesem Sinn geht es weniger um Markt als vielmehr um eine ökonomisierte Hinterlegung von menschlichem Leiden. Und das kann nicht der Ansatz sein.

*Von Befürworterseite heisst es, je ausgereifter das System sei, umso eher würden dann solche falschen Anreize korrigiert.*

Das ist schlicht nicht die Realität, weder in Amerika noch in Deutschland, wo man vergleichbare Erfahrung hat. Zudem: Das hochkomplexe System benötigt immense – auch personelle – Ressourcen, damit all diese Fehlanreize einigermaßen korrigiert, die Kollateralschäden aufgefangen werden können. Diese Ressourcen werden den Patienten entzogen – sie werden in eine virtuelle Welt gesteckt und fehlen am Krankenbett.

*Die DRG-Logik soll das Kostenwachstum bremsen, heisst es.*

Der Hintergrund besteht in der Tat im Gefühl, die Finanzierung unseres Gesundheits-

en»

wesens sei nicht mehr sicherzustellen. Wie in der Bankenwelt will man nun auch bei uns immer mehr Ressourcen in einen virtuellen Bereich verschieben. Und dort, wo real medizinisch gehandelt wird, werden sie zunehmend abgezogen. Diese Blase wird genau so platzen müssen wie die Finanzmarktblase... Aber in Wirklichkeit krankt unser Gesundheitswesen an einem anderen Ort.

#### *Nämlich?*

An falschen Voraussetzungen, was das Menschenbild, was Endlichkeit und Grenzen anbetrifft. An einer fragwürdigen Definition von Krankheit und Gesundheit. Wenn etwa die Definition des Herzinfarktes revidiert wird (wie 2000 geschehen), dann steigen auf einen Schlag die Diagnosen. In Norwegen stellte man danach eine Zunahme der Infarkte um einen Drittel fest. Solche Schritte können das DRG-System völlig aus den Angeln heben. Diagnosen sind eben keine harten Fakten. Es sind Orientierungsraster. Was war der grösste Erfolg der Psychiatrie im 20. Jahrhundert? Was würden Sie sagen?

#### *Die Streichung der Homosexualität aus dem Register der Geisteskrankheiten...*

Genau. Da waren auf einen Schlag Millionen von Menschen von einer Pathologie befreit. Ein System, das auf Diagnosen basiert, hat mit dem Leben nichts zu tun. Diagnosen sind nützlich für die Kommunikation, für den Vergleich von Therapien. Aber zur Organisation des Gesundheitssystems taugen sie nicht. Zudem bleibt die Politik so oder so verantwortlich für die Gesundheitsversorgung. Sie wird niemals zulassen, dass ein grosses Spital geschlossen wird, auch wenn man dort mit den DRG nicht hinkommt.

#### *Auf gewisse Berufsgruppen entsteht besonderer Druck. Ich denke an «meine» Leute, die Pflegenden...*

Druck entsteht vor allem, weil es für die Administration des Systems so viel Personal braucht. Aus diesem Grund muss woanders gespart werden. Für die Pflege heisst das: Fachpersonal wird durch FaGe ersetzt. Die Pflegenden haben es zusätzlich schwer, weil ein DRG-System die sogenannten weichen Faktoren – und in der Pflege gibt es viele weiche Faktoren – nicht abbildet. Aber es darf hier

nicht um Berufspolitik gehen, darum, eine einzelne Berufsgruppe gegenüber anderen zu stärken oder zu schwächen. Die Pflegenden und die Ärzteschaft müssen sich vielmehr zusammenschliessen, müssen gemeinsam für die Patienten eintreten und darauf hinweisen: Hier wird ein Wertesystem zerstört, das in Jahrzehnten aufgebaut wurde und das Grundlage ist für den guten Ruf und das Vertrauen, das unser Gesundheitssystem in der Bevölkerung genießt.

#### *Was lässt sich denn jetzt überhaupt noch tun?*

#### *Was bringt Begleitforschung?*

Begleitforschung ist sicher wichtig. Aber meine Stossrichtung wäre die: Es spricht so viel gegen dieses System, dass man es vorerst auf sehr wenige verhältnismässig unproblematische Diagnosen beschränken sollte. Auf banale, aber häufige chirurgische Alltagssituationen: Leistenbruch, Krampfadern, Meniskus. Und anhand dieser Fälle sollte einmal ausgewertet werden, was geschieht, wie sich Res-



**Christian Hess, Chefarzt im Bezirksspital Affoltern am Albis.**

(Foto: Alexander Egger)



Was machst du mit dem Knie? Auf jeden Fall operieren, antwortet der Arzt im Zeitalter von DRG.

(Foto: Vadim Kozlovsky/Fotolia)

### ... lesen Sie die Packungsbeilage...

Von Thomas Böhm



Weitere Nachteile von Fallkostenpauschalen:

- Es gibt eine Tendenz zur Rosinenpickerei: Das Krankenhaus, das sich möglichst ausschliesslich auf bestimmte (lukrative) Wahl Eingriffe spezialisiert, wird Profite abwerfen. Umgekehrt umgekehrt.
- Bisher war die Arzt/Pflegekraft-Patienten-Beziehungen im Krankenhaus relativ frei von ökonomischen Einflüssen. Beim neuen System regieren die ökonomischen Überlegungen massiv in die Behandlung hinein. Was darf überhaupt noch gemacht werden? Wer wird noch behandelt? Ist es kostengünstig? Welche Untersuchungen muss ich weglassen, damit ich den von den Kassen bezahlten Preis nicht überschreite usw. – alles Überlegungen, die mit dem Wohl des Patienten und dem medizinisch oder pflegerisch Notwendigen rein gar nichts zu tun haben.

ourcen verschieben und was sich klimatisch an den Spitätern tut.

«Die Erfahrungen sind gut», weiss dagegen schon jetzt der Geschäftsführer von Swiss DRG. Wie kommt der Mann darauf?

Ich kann schlecht für andere sprechen. Ich weiss, dass es Menschen gibt, die behaupten, Fallpauschalen würden helfen, historisch gewachsene, aber ineffiziente Abläufe vernünftiger auszugestalten. Ich bezweifle, dass man das nicht auch auf andere Art hibekommt. Und der Gedanke, dass man mit einer Prozessorganisation nach dem Muster der Industrialisierung Menschen gesünder machen und die Bevölkerung besser versorgen kann, der ist mir im Innersten zuwider. Kein Mensch will wie ein Auto auf dem Fließband behandelt werden. Auch nicht bei einem Beinbruch. Kommt dazu, dass wir – jedenfalls in der sogenannten Ersten Welt – in einer Zeit leben, die Individualismus so gross schreibt wie keine Epoche vor uns. Und genau jetzt vermitteln wir den Patienten, dass wir sie nicht als individuelle Menschen wahrnehmen. Sondern nur, beispielsweise, als statistisch bewerteten Darmverschluss!

### ... und fragen Sie die deutschen Kolleginnen und Kollegen!

Von Thomas Böhm



- Es setzt der Wettbewerb um den «guten Kunden» (anders ausgedrückt um reiche, möglichst gesunde Kranke) ein. Werbung, Marketing, Krankenhauspaläste, Wellness-Angebote, VIP-Suiten usw. werden immer wichtiger.
- Das Abrechnungssystem erfordert eine ungeheure Aufblähung des Verwaltungsapparates und des Controllings. Zwecks Preiskalkulation müssen alle Kosten erfasst und verrechnet werden. Letztlich muss jede Minute, die eine Pflegekraft und ein Arzt aufwenden, und jeder Tupfer, der verbraucht wird, einer Kostenstelle (Station) und einem Kostenträger (Patient) zugeordnet werden.
- Der Rationalisierungsdruck auf die Beschäftigten nimmt eklatant zu. Durch die Tatsache, dass jede Abteilung und jeder Bereich budgetiert wird und alle Kosten gegeneinander verrechnet werden (Profit-Center), entsteht ein Mechanismus der Konkurrenz. Beschäftigte sollen nicht mehr solidarisch handeln, sich nicht als Kollegen, sondern als gegenseitige Kunden sehen. Unterstützung oder Hilfe sind nicht mehr angesagt, ausser man kann sie in Minuten abrechnen. Auch hier wird versucht, menschliche Beziehungen in Warenbeziehungen umzuwandeln. Über die systematische Verknapfung der Mittel soll ein Anreiz entstehen, sich selbst und andere zu rationalisieren. Mittel hierzu ist das interne und externe Benchmarking.

Alles in allem sind die DRG ein riesiger Schritt in Richtung Unterwerfung des Gesundheitswesens unter Kapitalverwertungsbedingungen und unter Marktgesetze. Unausweichliche Folge ist eine Verschärfung der Zweiklassen-Medizin.

Thomas Böhm ist Personalratsvorsitzender im Stuttgarter Klinikum und Verdi-Vorsitzender im Bezirk Stuttgart.

## Auf nach Solothurn! Petition unterschreiben!

Die Einführung von schweizweit einheitlichen DRG muss zwingend von flankierenden Massnahmen begleitet werden. Dazu gehören die Sicherung der ortsüblichen Löhne und der Gesamtarbeitsverträge, die Regelung der Berufs- und Weiterbildung und die Definition von Personalschlüsseln, die eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten sichern und die nicht unterschritten werden dürfen. Die DRG-Einführung darf erst erfolgen, wenn solche Mass-

nahmen beschlossene Sache sind. Dafür wird sich der vpod mit aller Entschiedenheit einsetzen. Eine entsprechende Petition für diese flankierenden Massnahmen kann ab sofort unterschrieben werden. Der nationale Auftakt zur Kampagne findet am 18. Juni in Solothurn an der vpod-Gesundheitskonferenz statt. Sämtliche Kolleginnen und Kollegen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, sind dazu herzlich eingeladen. – Thomas Böhm, Personalratsvor-

sitzender Klinikum Stuttgart, und Lilly Rapp, Vizepräsidentin der Personalkommission des Kantons Spitals Zug, berichten von ihren Erfahrungen mit den DRG. Margrit Kessler, Präsidentin Stiftung SPO Patientenschutz, nimmt aus Patientinnensicht Stellung. Die Konferenz endet mit einer Aktion vor dem Hauptsitz des Krankenkassenverbandes Santésuisse. Anmeldetalon und Petition zum Unterschreiben siehe Seite 2 (Umschlaginnenseite).

**Schweiz/Ausland: Scheinheilige SVP.** Einen unglaublichen Schwenker der SVP kritisiert die Organisation «Solidarité sans frontières»: Neuerdings beklagen sich die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten darüber, dass aussereuropäische Ehepartner von Schweizerinnen (und umgekehrt) in der Schweiz gegenüber solchen aus der EU benachteiligt sind. Die Linke hatte damals im Abstimmungskampf auf den Umstand hingewiesen, während die SVP das Gesetz als Glanztat ihres Bundesrats Blocher feierte und allem zustimmte. Jetzt gilt für Schweizerinnen und Schweizer, die jemanden von ausserhalb der EU geheiratet haben, Zwang zum Zusammenleben, zudem werden solche Paare beim Kindernachzug diskriminiert. (ssf)

**USA: Stärkung der Gewerkschaftsrechte.** Der neue US-Präsident Barack Obama will die Rechte der Gewerkschaften in seinem Land stärken. Er hat den sogenannten «Employee Free Choice Act» in den Kongress eingebracht,

der den Arbeitnehmenden die Koalitionsfreiheit zusichern würde. Bisher besteht in den USA bei zahlreichen Firmen das faktische Verbot, einer Gewerkschaft beizutreten. Die heutigen Gesetze erlauben es den Unternehmen, gewerkschaftlich Organisierte fristlos zu entlassen und antigewerkschaftliche Kampagnen zur Einschüchterung des Personals durchzuführen. Das neue Gesetz – für die amerikanischen Gewerkschaften die «wichtigste Vorlage seit 70 Jahren» – würde die Position der Arbeitnehmerschaft stärken, ein angemessenes Lohnwachstum unterstützen und somit eine nachhaltigere Entwicklung der Wirtschaft insgesamt sicherstellen. Gegen das Gesetz haben in den USA Unternehmerkreise und Banken bereits Widerstand angemeldet. (slt/unia)

**Frankreich total sauer.** Am 19. März waren in Frankreich 3 Millionen Menschen auf der Strasse: Sie demonstrierten namentlich gegen die grossen Unternehmen, etwa die Erdölfirma Total, die trotz Rekordgewinnen die Krise

zum Vorwand für Entlassungen nehmen will. Die Gewerkschaften – alle grossen Verbände unterstützten den Aktionstag – verlangen eine Erhöhung des Mindestlohns, einen Entlassungsstopp im Service public, einen verbesserten Arbeitnehmerschutz und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes. (iöä)

**Österreich: Lehrkräftestreik abgewendet.** In Österreich ist ein angedrohter Streik der Lehrerinnen und Lehrer in letzter Minute abgewendet worden. Die von der österreichischen Bildungsministerin angestrebte «Reform» – Erhöhung der Pflichtstundenzahl – ist vom Tisch. Zugeständnisse der Gewerkschaften sind der Verzicht auf die sogenannten schulautonomen Tage, an denen zwecks Weiterbildung schulfrei war. Umgekehrt willigte die Regierung in Altersteilzeitmodelle ein und bot an, durch die Stundung der Mieten, die für Schulgebäude an die staatliche Immobiliengesellschaft gezahlt werden, weitere Finanzmittel zu beschaffen. (slt)

## A.-H.-Erlebnisse Folge 14

In unserer Kolumne berichtet Annette Hug, vpod-Kollegin und Autorin, aus dem wahren Leben.



### Denken schadet der Heimat

Der schlimmste Verein, zu dem ich gehöre, ist mein Schrebergartenverein. Hier habe ich zum ersten Mal erlebt, dass ein Securitas bei der Generalversammlung die Pässe kontrollierte, um Unbefugte oder Nicht-Zahler abzuweisen. Dann brüllten die hintersten 20 von 200 Anwesenden unflätige Beschimpfungen, bis der Präsident per sofort zurücktrat. Dem Verein gehört millionenschwerer Boden, und sämtliche Vorstandsmitglieder werden in den Augen der Basis korruptionsverdächtig, wenn es um Land und um Bauaufträge geht. Tatsächlich melden sich auffällig viele Immobilienspezialisten und Architekten zur Wahl in die Gremien. Gut sind im Gedächtnis der Gartenpächterinnen nur die ehemaligen Obmänner: Sie haben im Frühling rechtzeitig das fliessende Wasser freigeschaltet. Heuer muss man an Ostern eigenhändig Eimer schleppen. Trotzdem duften auch dieses Jahr die Veilchen und Maieriesli aus dem Boden schiessen. Beim Umgraben treten fette Würmer zu Tage. Ein neuer Präsident ist gewählt. Auch er bittet uns, bestimmte Angelegenheiten des

Vereins mit grösster Diskretion zu behandeln, vor allem gegenüber den Behörden, man wolle keine schlafenden Hunde wecken. Deshalb wechsle ich jetzt das Thema.

An meinem Arbeitsplatz wurde ich vor zwei Jahren zur Diskretion aufgefordert. Kritische Diskussionen über Produkte der Hochschule seien in der Öffentlichkeit mit Vorsicht zu führen. Als Produkte gelten Studiengänge, Kurse, Tagungen. Auch Artikel in Fachzeitschriften müssen seit einiger Zeit von der Leitung abgeseget werden, wenn sie bei möglichen Kunden Verwirrung auslösen könnten. Wer will schon an einer Hochschule studieren, an der die absolute Wahrheit noch nicht gefunden ist und Diskussionen geführt werden? Wer zahlt schon fünfstellige Beträge für eine Weiterbildung, deren Inhalte umstritten sein könnten? Weil wir von der Marketingabteilung auch aufgefordert wurden, bei jeder Gelegenheit die Imagewerbung der eigenen Institution im Mund zu führen, wechsle ich jetzt noch einmal das Thema.

Der Rektor der Hochschule St. Gallen hat sich nicht für einen Professor für Wirtschaftsethik gewehrt, der seine – seit Längerem publizierte – Einschätzung des Schweizer Bankgeheimnisses vor deutschen Bundestagsabgeordneten erläuterte. Es war unklar, ob der Rektor die Erkenntnisse von Herrn Thielemann lieber als Betriebs- oder als Staatsgeheimnis behandelt hätte, er sprach von «Augenmass» und entschuldigte sich bei der Schweizer Führungselite, die sich verletzt fühlen könnte. Der emeritierte HSG-Professor und alt Nationalrat Franz Jäger forderte Thielemanns Entlassung. Zahlreiche Politiker sekundierten. Sie gehen offenbar davon aus, dass ein Professor die diplomatischen Interessen der Schweizer Banken vertreten müsse.

Ob dieser Posse kehre ich doch lieber zum ersten Thema zurück. Auf einem Teil des Schrebergartenareals sind Bagger aufgefahren. Aber unser Häuschen ist sicher. Nach den Osterglocken blühen schon bald die Tulpen.

## Baselland: Mehr Lohn für Pflege – rückwirkend



**Nachzahlen!**

(Foto: vpod)

Das diplomierte Pflegepersonal im Kanton Baselland wird rückwirkend per 1. April 2004 eine Lohnklasse nach oben verschoben. Verbände, unter ihnen der vpod, und Regierung haben einem entsprechenden gerichtlichen Vergleichsvorschlag zugestimmt, der eine unendlich scheinende Geschichte zu einem vorläufigen Abschluss bringt. Endlich, so kommentiert der vpod, habe nun auch der Arbeitgeber Baselland eingesehen, dass er sich nicht weiter gegen den verfassungsmässigen Lohngleichheitssatz stemmen kann. Es gibt denn auch gute und einleuchtende Gründe für eine Besserstellung des Fachpersonals in diesem typisch weiblichen Berufsfeld: Mit ihrem fachlichen Know-how und ihrer Verantwortung sind die Pflegenden die Basis und

gleichzeitig die Drehscheibe der Gesundheitsversorgung, sowohl in den Institutionen als auch spitalextern. Das Verfahren, das nun zum Abschluss kommt, datiert von 2001, als Beschwerden gegen die Einstufung des Gesundheitspersonals eingereicht wurden. (slt)

## Zürich: Nein zu systematischem Lohnabbau.

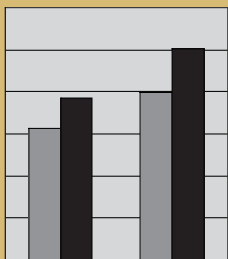
Der vpod Zürich Kanton verurteilt die Bestrebungen des Regierungsrats, das bestehende Lohnsystem weiter zu verschlechtern, indem die Löhne angeblich «flexibler» und «leistungsorientierter» gestaltet werden. In Tat und Wahrheit handle es sich um Abbaupläne, die man bekämpfen werde. (vpod)

## Graubünden: Beim NFA über die Bücher!

Im Hinblick auf die geplante Ausgestaltung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) im Kanton Graubünden hegt der vpod grösste Bedenken. Er befürchtet den weiteren Verlust von regionalen Stellen und Ausbildungsplätzen. So ist etwa vorgesehen, sämtliche die Sing- und Musikschulen betreffenden Artikel ersatzlos aus dem kantonalen Kulturförderungsgesetz zu streichen. Damit würde die Verantwortung für diesen Unterricht auf die Gemeinden abgeschoben – Musikschulen in den Randregionen geraten so in Gefahr. Eine Kommuni-

## DIE WIRTSCHAFTSLEKTION

# Nr. 28: Rezessionen schaden längerfristig der Wirtschaft



Von Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Eine Rezession sei ein reinigendes Gewitter, in der veraltete Unternehmen und überholte Strukturen zerschlagen würden. Es werde Platz geschaffen für innovative, zukunftssträchtige Firmen, die an die Stelle der veralteten treten und wachsen könnten. Das ist eine immer wieder gehörte Meinung. Der Ökonom Schumpeter sprach vor mehr als 70 Jahren von «schöpferischer Zerstörung». Neuere wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen zeigen aber: Diese Auffassung ist falsch. Rezessionen haben zwar unbestritten massen zerstörerisches Potenzial, doch geht daraus leider wenig Positives hervor. Im Gegenteil behindern Rezessionen die längerfristige Entwicklung einer Wirtschaft.

– In Rezessionen fahren die Unternehmen ihre Innovationsaktivität zurück, weil der Absatz für ihre Produkte stockt und sie weniger Geld haben für Forschung (siehe exemplarisch in der Grafik für die USA). Sie entwickeln weniger neue Produkte und Technologien.

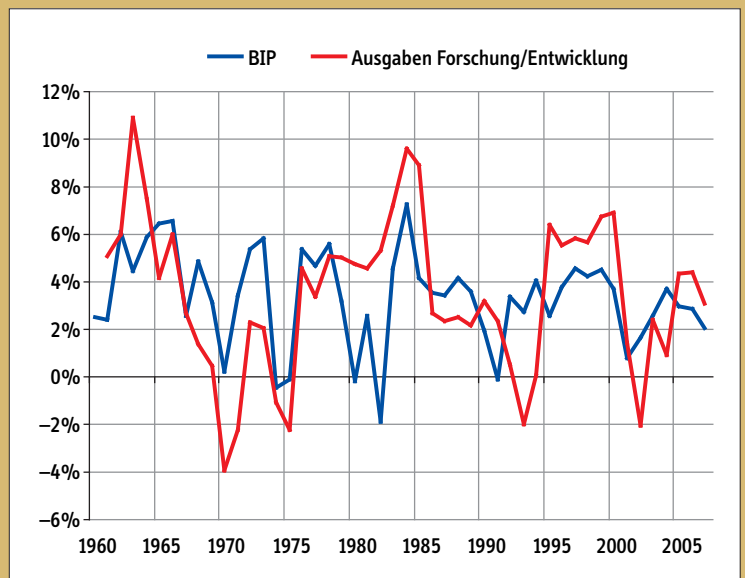
– Wer arbeitslos wird, läuft Gefahr, dass seine Fähigkeiten und seine Ausbildung entwertet werden. Dies geschieht dann, wenn Stellenlose wegen der schlechten Arbeitsmarktlage Jobs annehmen müssen, die nicht ihren Qualifikationen entsprechen. Dabei geht Know-how verloren.

– Die Eintrittsbarrieren für neue Unternehmen sind in Rezessionen höher; so ist es schwieriger, zu Krediten zu kommen. Und es entstehen weniger neue Firmen.

– Starke wirtschaftliche Schwankungen führen zu mehr Unsicherheit und behindern die Investitionstätigkeit.

Staaten, welche ihre Rezessionen mit einer antizyklischen Wirtschaftspolitik bekämpfen, haben daher bessere längerfristige Wirtschaftsaussichten als solche, die nichts dagegen tun oder die schlechte

Wirtschaftslage sogar noch verstärken. In der Vergangenheit gehörte die Schweiz zu letzteren. Nun hat sie die Chance, aus der Vergangenheit zu lernen. Für die Nationalbank scheint das zuzutreffen. Sie hat bereits früh auf die aktuelle Krise reagiert. Bei der Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden scheint hingegen nach wie vor der alte Film abzulaufen. Hier drohen Sparmassnahmen statt antizyklische Politik.



sierung strebt der Kanton auch in den Bereichen Kindergarten und Volksschule sowie im Sozialbereich an – auch hier übt der vpod Kritik: Für zahlreiche Tätigkeiten von Personalrekrutierung bis Supervision fehle auf Gemeindeebene die nötige Fachkompetenz. Der Grosse Rat wird daher aufgefordert, die Anliegen der Berufs- und Fachverbände aufzunehmen. Ansonsten droht ein Referendum. (vpod)

**Zürich: Für faire Ferien.** Das Personal des Kantons Zürich ist immer höheren Belastungen ausgesetzt – trotzdem hat es immer noch überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten und ausserordentlich kurze Ferien. Die Volksinitiative «Für faire Ferien» will diesen Missstand wenigstens teilweise beheben. Das Personal, das rund um die Uhr im Dienst der Öffentlichkeit steht, soll Ferien erhalten, wie sie in der Privatwirtschaft Richtmass sind: Fünf Wochen im Minimum. In sechs Monaten will

das Initiativkomitee die nötigen 6000 Unterschriften beisammen haben, damit die entsprechende Mindestnorm ins Personalgesetz kommt. Das wäre für alle direkt und indirekt dem Personalgesetz unterstellten Beschäftigten bis 50 Jahre ein Plus von einer Woche. Zudem verpflichtet die Initiative den Regierungsrat zu Vorkehrungen, damit die Erhöhung des Ferienanspruchs nicht zur Mehrbelastung des Personals führt. Mehr Infos und Unterschriftenbogen: [www.vpod-zh.ch](http://www.vpod-zh.ch). (vpod)

**Baselstadt: Riehen wehrt sich für sein Spital.** Fast 3500 Stimmberechtigte von Riehen wollen mittels Volksinitiative ihr Spital erhalten. Am Schliessungstermin per Ende 2009 kann unter diesen Umständen – die Unterschriften kamen in nur einer Woche zusammen – keinesfalls festgehalten werden, betont der vpod. Die Abstimmung wird frühestens im September stattfinden; bis dahin soll nach dem Gemeinderat niemand entlassen werden. Der

vpod hat von Anfang an zugesichert, sich gegen die Schliessung zur Wehr zu setzen und für das Personal zu kämpfen. (vpod)

**Zürich: Ja zur halbstündlichen S-Bahn.** Der vpod Region Zürich unterstützt die Initiative «Halbstündliche S-Bahn für alle», die am 17. Mai vors Volk kommt. Vor allem im Weinland, im Unterland und im Oberland sind heute einige Gebiete nur mit Stundentakt angeschlossen. Die Verdichtung fördere Wohnqualität für alle und den Wirtschaftsstandort. (vpod)

**Winterthur: Zeitgutschrift in der Kehrichtverbrennung.** Auf die Intervention des vpod ist es zurückzuführen, dass die Arbeiter in der Kehrichtverbrennung Winterthur endlich für Nacharbeit eine Zeitgutschrift von 10 Prozent erhalten, und zwar rückwirkend ab 2005. Die Bestimmungen im Arbeitsgesetz gelten laut Seco nämlich auch hier. (slt)

WETTBEWERB

## Wer war's? Nr. 34: Der Abstinenzler



Der Alkohol als schlimmster Feind der Arbeiterklasse? Vor hundert Jahren gab es nicht wenige, die das so sahen: Zahlreich waren damals die Fabrikler, die ihren sauer genug verdienten Zahntag gar nicht bis nach Hause brachten, sondern direkt am Fabriktor in Schnaps umwandelten. Zahlreich waren aber auch die Jobs und überhaupt die Lebensläufe, die kaum auszuhalten waren, ohne dass man sich mit zeittypischen Alkoholika den Sinn vernebelte.

Der Kampf gegen die Trunksucht gehört namentlich in der Frühzeit zu den wichtigen Postulaten der Arbeiterbewegung, und manche Organisation, die der Bewegung nahesteht (etwa die Naturfreunde), schrieb ihn auf ihre Fahne. Nicht immer mit Erfolg: Es kam vor, dass da eine Proletarierin «eine Flasche Gebranntes bei ihr hatte» und dass dort ein fröhlicher Berggänger «seinen Tee noch mit Cognac veredeln wollte».

Solche Muntermacher waren auch dem Mann, der heute zu erraten ist, ein Dorn im Auge. Keimverderbnis war sein Stichwort: Er

glaubte nachweisen zu können, dass Spermien durch Alkohol verformt und so alkoholbedingte Degeneration von Geschlecht zu Geschlecht weitergegeben werde. Der Guttempler und Gründer der ersten Trinkerheilanstalt der Schweiz stand der sozialreformistischen Bewegung durchaus nahe. Dass er sich schon 1905 für die Gleichberechtigung der Frau und für die Enttabuisierung der sexuellen Frage stark machte, wirkt aus heutiger Sicht sympathisch. Gegen seine zahlreichen Ameisenstudien gibt es ebenfalls wenig einzuwenden.

Problematisch ist aus der Perspektive der Nachgeborenen dagegen jener Teil seiner Forschungen, der sich mit rassehygienischen Überlegungen befasst. Das blieb nicht Theorie. Da wurde kastriert und sterilisiert, zwecks Vermeidung eines Niedergangs des Volkskörpers und zwecks Höherzüchtung des Menschengeschlechts. Sein Wirken zeigt, dass die sogenannte Eugenik keineswegs allein von den Nazis erfunden worden ist; auch in anderen Ländern – und auch bei der politischen Linken – hatte die Denkart, welche die Zuchtwahl auf den Menschen ausdehnen wollte, über 1945 hinaus breite Anhängerschaft. Ein Gesetz zur Zwangssterilisierung Geisteskranker im Kanton Waadt wurde erst 1985 aufgehoben ...

Wer den Mann erkannt hat, schreibt seinen Namen auf eine Postkarte. Einsenden an: vpod, Redaktion, «Wer war's?», Postfach 8279, 8036 Zürich. Bis am 13. Mai ist Zeit dazu. Für die Verlosung von drei Büchergutscheinen à 100, 50 und 20 Franken gelten die üblichen Bedingungen. (slt)

### Nr. 33: Es war Alice Rivaz

Ausserlich geschieht nicht viel in «Schlaflose Nacht» («Jette ton pain»), dem Buch, das als Alice Rivaz' bedeutendstes gilt. Beschrieben sind darin das langsame Sterben der Mutter aus der Perspektive der Tochter, die durch Pflege, Aufopferung und Vereinnahmung immer mehr von ihren eigenen literarischen und erotischen Ambitionen begraben muss. Die beklemmende Enge und Nähe erinnert an Elfriede Jelineks «Klavierspielerin». Erstaunliche Parallelen in der Tat: Beide Schriftstellerinnen waren vor ihrer literarischen Karriere zunächst als Pianistinnen ausgebildet worden. Zahlreiche vpod-Kolleginnen und -Kollegen haben die grosse Westschweizer Autorin (1901–1998), Tochter des Sozialistenführers Paul Golay, anhand der Hinweise erkannt. Bei der streng überwachten Verlosung der Büchergutscheine hatten Wanda Schmid (Zürich), Edgar Lienhart (Reinach) und Robert Brügger (Basel, schon wieder!) die Nase vorn. (slt)

## Merkzettel



**Eidgenössische Volksabstimmung am 17. Mai**  
**JA zum Verfassungsartikel**  
**«Zukunft mit Komplementärmedizin»**  
**NEIN zum Ausweisgesetz (biometrischer Pass)**

## Sitzung des Landesvorstandes vom 24. April 2009

Der Landesvorstand

- hat die Ergebnisse der Arbeiten des abgebrochenen Fusionsprojektes diskutiert und Punkte definiert, die weiter bearbeitet werden sollen.
- hat die Auswertung der Mitgliederbewegungen des ersten Quartals diskutiert.
- hat einen Beitrag an die Region Bern beschlossen zur Abgeltung von Unterstützung und Beratung, welche Bern für andere Regionen im Rahmen des Profa-Projektes erbringt.
- hat vom Erfolg des Reinigungspersonals des Bundes Kenntnis genommen und den Kolleginnen und Kollegen gratuliert.
- hat den Assoziierungsvertrag zwischen der vpod Region Basel und der Vereinigung der Lehrpersonen Musikalische Grundkurse Baselland ratifiziert.
- hat den Vorschlag des Genfer Gewerkschaftsbundes zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes diskutiert und die Verbandskommission Sozialbereich dazu zu einer Stellungnahme eingeladen.
- unterstützt den Vorschlag des SGB-Präsidentsausschusses, am 19. September eine nationale Demonstration in Bern zu organisieren. Für diesen Fall würde die auf dieses Datum geplante Delegiertenversammlung des vpod unmittelbar vor dieser Demonstration in Bern statt in Zürich durchgeführt.

*Stefan Giger, Generalsekretär*

## RECHTENS

§ Ob man in der Stadt Sankt Gallen für das fliegende Unterschriftensammeln (ohne Stand) eine Bewilligung braucht oder nicht, muss das Bundesgericht klären. Das Verwaltungsgericht hatte entschieden, dass keine Bewilligung nötig ist, was die Stadt nicht schlucken will. Anlass zu dem Rechtsstreit gab eine Sammelaktion der Gruppe Schweiz ohne Armee. (slt).

§ Bitte erscheinen Sie ab übermorgen nicht mehr in Locarno, sondern in Basel zur Arbeit: So ähnlich lautete die Aufforderung an eine Arbeitnehmerin im Tessin, die dem aber nicht nachkam und daher fristlos entlassen wurde. «Völlig unzumutbar» sei die Anordnung gewesen, entschied ein Gericht, für eine fristlose Entlassung habe daher kein wichtiger Grund vorgelegen. Deshalb bekommt die Arbeitnehmerin nun eine Entschädigung. (slt)

## ROTE KÖPFE

👤 «Gemeinderat: Präsidentin 2009–2010: **Esther Caviola** (SP)»: So ist es auf der amtlichen Seite der Stadt Bülach zu lesen. Bülach, Kleinstadt mit 16 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und wirtschaftliches Zentrum des Zürcher Unterlandes, ist zugleich die kleinste Station, an welcher der Schnellzug von Mailand nach Stuttgart Halt macht. Kollegin Caviola, die im April zur höchsten Bülacherin gewählt wurde, ist vor allem den vpod-Mitgliedern der Region Zürich wohlbekannt – als freundliche und kompetente Ansprechpartnerin der Administration auf dem vpod-Regionalsekretariat. (slt)

## Termine

- **Dienstag/Mittwoch, 5./6. Mai**  
**6. Internationales Menschenrechtsforum (IHRF): Menschenrechte und Religionen.** Mit u. a. Micheline Calmy-Rey (Bundesrätin), Tariq Ramadan (Islamwissenschaftler), Erwin Kräutler (Bischof in Brasilien), Peter Brabeck (Verwaltungsratspräsident Nestlé). Themen: Fördern religiöse Gemeinschaften die Menschenrechte? Schützen die Menschenrechte Religionen oder schränken sie deren Freiheit ein? Wie gehen wir in der Schule mit Religionen aus einer menschenrechtlichen Perspektive korrekt um? Der Erlös eines Benefizkonzerts geht an die Arbeit von Human Rights Watch für Religionsfreiheit. SwissLifeArena, Luzern. [www.ihrf.phz.ch](http://www.ihrf.phz.ch).
- **Dienstag und Mittwoch, 12. und 13. Mai**  
**Europa in der Wirtschaftskrise.** Denknetz-Veranstaltung mit Birgit Mahnkopf, Professorin für europäische Gesellschaftspolitik, HWR Berlin. Dienstag: 19 Uhr, Unia-Zentrale, Werdplatz, Zürich. Mittwoch: 19.30 Uhr: Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern.
- **Mittwoch, 13. Mai**  
**Verbandskonferenz Wartung und Reinigung.** Für Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen Sport- und Badeanstalten, Wartung in Schulhäusern und Verwaltungsgebäuden, technische Dienste, Raumpflege. Themen: Leistungslohn im öffentlichen Dienst (Referent: Stefan Giger, vpod-Generalsekretär), kompetentes Handeln in Krisensituationen, Statutarisches. Infos und Anmeldung beim jeweiligen Regionalsekretariat.
- **Donnerstag bis Sonntag, 21. bis 24. Mai**  
**Controcorrente – gegen den Strom.** Salecina-Tagung zu sozialistischen, religiössozialen, umweltschützerischen Querdenkern in Südbünden und Veltlin. In Salecina und im Mehrzwecksaal Maloja. Referate in italienischer und deutscher Sprache sowie Filmdokumente. Mit u. a. Martin Bundi, Filippo Cramer, Giacomo Delnon, Rico Egenschwyler, Gaudenzio Giovanoli, Hans Mühlestein. Organisiert von Jürg Frischknecht (Journalist), Werner Swiss Schweizer (Filmmacher), Silva Semadeni (Kantonsschullehrerin), Andrea Tognina (Historiker). Infos und Anmeldung unter [www.salecina.ch](http://www.salecina.ch).
- **Donnerstag, 28. Mai**  
**Reformdebatte: Die Allgemeine Erwerbsversicherung AEV.** Denknetzveranstaltung mit Ruth Gurny und Beat Ringger: Die AEV soll alle heutigen Sozialversicherungen für die Erwerbsphase vereinen und die Risiken Erwerbslosigkeit, Unfall, Krankheit, Invalidität und Mutterschaft umfassend decken. Sie wäre nicht teurer als das heutige System. 19.30 Uhr, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern.
- **Donnerstag, 18. Juni**  
**Ausserordentliche vpod-Verbandskonferenz Gesundheit: Fallkostenpauschalen – so nicht!** Die Verbandskonferenz ist für den vpod der Startpunkt für die Kampagne «DRG – so nicht!». Im Anschluss an die Tagung findet um 16 Uhr vor dem Hauptsitz von Santésuisse (Dachverband der Krankenkassen) in Solothurn eine Aktion statt. Infos/Anmeldung bis 29. Mai: [dipti.buerki@vpod-ssp.ch](mailto:dipti.buerki@vpod-ssp.ch). Siehe auch Seite 2 (Petition und Anmeldetalon).
- **Freitag/Samstag, 20./21. November**  
**11. ordentlicher SGB-Frauenkongress: Vereinbarkeit jetzt! Erwerbsarbeit – Familienarbeit – Schluss mit dem Zeitdilemma.** Zugleich Jubiläum 50 Jahre SGB-Frauenkommission. Mit Christina Klenner (Hans-Böckler-Stiftung, über Arbeitszeitmodelle), Christiane Marty (Attac Frankreich, über die 35-Stundenwoche), Claudia Menne (DGB, über Eltern- und Pflegeurlaub). Kolleginnen wenden sich zwecks Teilnahme an ihr Regionalsekretariat.



Hier half der vpod

## Im Clinch zwischen Leitstelle und Polizei

**«Fahren oder nicht fahren?», lautete die Frage, die sich dem Tramwagenführer N. stellte. Er folgte dem Drängen der Leitstelle, entschied sich fürs Fahren und bekam deshalb Ärger mit der Polizei. Nun brauchte der Kollege die Unterstützung des vpod.**

Von Adrian Knoepfli

Es geschah in der Hektik des Feierabendverkehrs. «Nachdem die Fahrgäste in mein Tram eingestiegen waren, schloss ich die Türverrie-

fallten Frau nach deren Befinden. Sie hatte einige Schürfungen und Prellungen erlitten. Von der Leitstelle erhielt N. den Auftrag, die Tachoscheibe – die «Black Box» des Trams – sicherzustellen und die betroffene Tramtür «auszuschalten». In diesem Moment traf die Polizei ein. Während der Betriebsdisponent der Leitstelle darauf drängte, N. müsse weiterfahren, beharrte die Polizei darauf, dass er auf der Unfallstelle verbleibe. Nachdem die Leitstelle «mehrmals vehement von mir verlangte, dass ich nun die Fahrt fortsetzen solle», fuhr N. weiter. Die Betriebsstörung hatte neun

des Betriebsdisponenten dessen gegenteiliger Anweisung gefügt hatte». Inklusiv Gebühren hätte der Kollege 765 Franken bezahlen müssen.

N. fühlte sich aber unschuldig und verlangte mit Unterstützung des vpod eine gerichtliche Beurteilung. Er habe sich letztlich, stellte N. fest, genau an die Anweisungen im Merkblatt «Verhalten im Schadenfall» gehalten, wonach die Leitstelle über die Weiterfahrt entscheide. Das Merkblatt hält fest, dass Mitarbeitende im Fahrdienst keinen Anspruch hätten, auf der Unfallstelle zu bleiben. Sie müssten auf Anweisung die Fahrt fortsetzen. Diese interne Vorschrift steht im Einklang mit der Verkehrsregelnverordnung (VRV), die den Führern von Fahrzeugen öffentlicher Verkehrsbetriebe im fahrplanmässigen Verkehr die Weiterfahrt erlaubt, wenn die Hilfe an Verletzte und die Feststellung des Sachverhaltes gewährleistet sind.

### ... und macht eine Kehrtwende

Nun machte das Statthalteramt eine Kehrtwende. Die erwähnten Voraussetzungen seien im vorliegenden Fall erfüllt gewesen. Die Personalien der Beteiligten waren festgehalten und die Tachoscheibe sichergestellt. «Aufgrund des telefonischen Kontaktes zwischen der Notrufzentrale der Stadtpolizei und der Leitstelle war ebenfalls klar, dass das Tram weiterfahren durfte», hiess es in der Aufhebungsverfügung des Statthalteramtes weiter. «Anscheinend war den vor Ort handelnden Polizeibeamten jenes Gespräch nicht bekannt, so dass eine anderslautende Anordnung erteilt wurde.» N. könne kein strafrechtlich relevantes Verschulden zur Last gelegt werden. Das Statthalteramt hob die Busse auf und stellte das Verfahren definitiv ein. N. erhielt eine Prozessentschädigung von 500 Franken. Diese deckte den beträchtlichen Aufwand, den der Anwalt wegen dieser scheinbaren Bagatelletreiben musste, bei Weitem nicht. Die Anwaltskosten, die der vpod noch zu bezahlen hatte, beliefen sich auf 2120 Franken.

Die Rechtshilfeabteilung des vpod hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen. Jährlich wird dafür über eine Million Franken aufgewendet. In unserer Serie «Hier half der vpod» stellen wir exemplarisch interessante Fälle vor. Zu Rechtshilfefällen wird aus Gründen des Datenschutzes keine Korrespondenz geführt.



**Abgefahren... Um den Fahrplan einzuhalten, müssen Tramwagenführer manchmal jemanden stehen lassen. Weil eine Frau dann doch noch mitwollte, kam es zu einem kleinen Unfall, in dessen Folge Kollege N. widersprüchliche Anweisungen erhielt.** (Foto: Markus Forte/Bilderbox)

gelung und wartete das Schliessen der Türen ab», schrieb Tramwagenführer N. in seinem Dienstrapport. «Im Rückspiegel sah ich, wie von hinten eine Frau angerannt kam. Gleichzeitig schloss sich die letzte offene Tür, und das Tram war damit abfahrbereit. Ich entschloss mich aus Gründen des Fahrplans, diese Frau nicht mehr mitzunehmen.» Nachdem er langsam angefahren war, gewahrte N. auf der Haltestelle plötzlich «eine ausserordentliche Hektik», und er sah eine Frau am Boden liegen. Die hinterste Tür hatte ihren Fuss eingeklemmt, und das Tram hatte sie über eine kurze Strecke mitgeschleift. N. drückte den Notruf, informierte die Leitstelle, stieg aus und erkundigte sich bei der verun-

Minuten gedauert. Der Betriebsdisponent sorgte dafür, dass ein Serviceleiter sich um die verletzte Frau kümmerte.

### Das Statthalteramt büsst...

Nach dem Vorfall wurde N. von der Polizei verzeigt. Das Statthalteramt büsste ihn «wegen Nichtbefolgens einer polizeilichen Weisung sowie Nichtmitwirkens bei der Tatbestandsfeststellung bzw. Verlassens der Unfallstelle ohne Zustimmung der Polizei» mit 400 Franken. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, dass sich N. «nicht etwa leichtfertig über die polizeiliche Anordnung, das Tram stehen zu lassen, hinweggesetzt, sondern sich auf mehrmaliges Drängen

Das SAH bietet seinen Trägerorganisationen Projektpartnerschaften an

## Der vpod hat ein eigenes Hilfswerk

**Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH ist das Kind der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, auf die Welt gekommen Mitte der 1930er Jahre, als sich in der Ostschweiz der Hunger ausbreitete und in Spanien der Bürgerkrieg wütete.**

Von Hans-Jürg Fehr,  
Präsident Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH

Das SAH hat sich vor 70 Jahren um beides gekümmert – um die Armen in der Ostschweiz und um die Kriegsoffer in Spanien. Bei diesem Selbstverständnis ist es geblieben: Das SAH ist ein Hilfswerk für die Benachteiligten im Inland und im Ausland. Die zehn selbständigen Inlandvereine engagieren sich in den Bereichen Arbeit und Integration, der im Ausland tätige Verein in den Bereichen Arbeit und Entwicklung.

### Partnerschaftliche Beziehung

Wenn Kinder erwachsen werden, lösen sie sich von den Eltern. Die Kontakte werden seltener, die Lebensbereiche trennen sich. Man ist jetzt unabhängig voneinander und hat sich nicht mehr dreinzureden. Aber man bleibt eine Familie, und wenn's schwierig wird, steht man sich bei. So erlebte es auch das SAH. In den 1990er Jahren gross und stark geworden, brauchte es weder die SP noch die Gewerkschaften. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts aber geriet es in existenzielle Schwierigkeiten. Die Eltern waren zur Stelle, halfen bei der

schmerzhaften Krisenbewältigung, und als das Größte überstanden war, nahm man sich vor, in engem Kontakt zu bleiben und eine neue, partnerschaftliche Beziehung zu pflegen. An diesem Punkt sind wir jetzt.

Das SAH möchte sich bei seiner Trägerschaft wieder besser verankern, mit ihr konkret zusammenarbeiten. Wir möchten bei den Mitgliedern der SP und der Gewerkschaften nicht einfach ein Hilfswerk unter vielen sein, dem man hie und da eine Spende zukommen lässt. Wir möchten das Hilfswerk sein, von dem sie sagen: «Das ist unser Hilfswerk.» Oder: «Wir haben ein eigenes Hilfswerk, und wenn wir etwas Geld übrig haben für eine Spende, dann geben wir es ihm.»

### Stärkung und Bereicherung

Wie viel Potenzial allein in diesem einfachen Gedanken steckt, geht daraus hervor, dass die SP zehn Mal mehr Mitglieder hat als das SAH, der Gewerkschaftsbund hundert Mal mehr. Also ist unser Ziel: Jedes SP-Mitglied und jedes Gewerkschaftsmitglied ist auch SAH-Mitglied. Das würde uns unglaublich stärken, nicht nur finanziell, sondern auch bezüglich Bekanntheit und Verankerung in der Gesellschaft. Das würde auch die Trägerorganisationen unglaublich bereichern. Sie haben sich allesamt der internationalen Solidarität verschrieben – aber wie lösen sie dieses Bekenntnis konkret ein? Oft gar nicht. Müssen sie



... und Kampf für öffentliches Wasser 2009: Das SAH ist das Hilfswerk des vpod. Die Beziehungen sollen jetzt noch enger werden. (Fotos: SAH)

auch nicht, denn dafür ist ja ihr Hilfswerk da, das SAH.

### Service public als Klammer

Bezogen auf die SP heisst das: Wir machen gemeinsam seit einem Jahr die Kampagne «Kehrseite», deren Ziel es ist, dass die öffentliche Hand in der Schweiz nur noch Produkte einkauft, die unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt worden sind. Bezogen auf die Gewerkschaft Unia heisst das: Wir machen zusammen die Kampagne «Fair play – fair games», die den südafrikanischen Bauarbeitern, die die Stadien für die Fussball-WM bauen, hilft, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu erkämpfen. Was könnte es heissen für den vpod? Es könnte heissen, dass der vpod ebenfalls mit dem SAH eine Projektpartnerschaft eingeht – und zwar eine, die zum vpod passt. Das SAH unterstützt in mehreren Ländern der Dritten Welt Projekte, die einen funktionierenden Service public zum Ziel haben. Da lassen sich also ohne weiteres Vorhaben finden, mit denen sich die Gewerkschaft des Service public in der Schweiz identifizieren kann.

Wir haben das erste Gespräch mit dem vpod darüber geführt. Es ist ausserordentlich positiv verlaufen und gibt mir die Gewissheit, dass wir eine gut funktionierende Partnerschaft aufbauen können. Der Flyer, der diesem Magazin beiliegt, ist ein erster konkreter Ausdruck davon. Ich danke dafür und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.



Spanienhilfe 1936...

Karl Scheuber, Musiker, Zürich

## Politische Klassik

**Der Musiker Karl Scheuber ist seit anderthalb Jahren pensioniert. In seinem Leben hat es jedoch keinen Raum für Langeweile oder sogar Untätigkeit.**

Von Silvia Carsana

Er leitet verschiedene Chöre und Vokalensembles, bietet Coachings an, präsidiert die Alumni-Organisation der Zürcher Hochschule der Künste, reist oft nach Moldawien und nach Berlin, geniesst das kulturelle Leben – Film, Theater, Konzerte – in Zürich und anderswo, lernt Rumänisch, spaziert gern und oft um die Werd-Insel, hält Referate und vieles mehr. Beruf und Interessen fallen zusammen. Auch deshalb ist durch den sogenannten Ruhestand bei Karl Scheuber kein harter Bruch entstanden, sondern eher eine sanfte Verlagerung der Tätigkeiten.

Kollege Scheuber war von 1971 bis 1993 als Hauptlehrer und Schulmusiker an der Kantonsschule Küsnacht tätig und nachher an der Musikhochschule (heute Departement Musik der Zürcher Hochschule der Künste) Studienbereichsleiter für Schulmusik, Blasmusik und Kirchenmusik – was er ironisch als die «randständigen» Sparten bezeichnet. Die Studierenden sind bereits etwas älter und setzen sich damit auseinander, wie ihre berufliche Zukunft aussieht.

### Schwul singen...

Jeden Montagabend leitet Karl Scheuber den schwulen Männerchor *Schmaz*, den er mitgegründet hat. Er war Mitglied einer schwulen Lehrergruppe, die anlässlich des *Christopher Street Days* 1989 die Aufführung eines Kölner Chors sah. Das war Inspiration genug, den *Schmaz* aus der Taufe zu heben. Karl Scheuber dachte, dass sich das Engagement nach einigen Wochen legen würde... Er wurde positiv überrascht: Der Chor existiert nun seit bald zwanzig Jahren. Im Gegensatz zu anderen schwulen Chören, die oft vorab Schlager und Pop singen, pflegt der *Schmaz* ein klassisches Männerchor-Repertoire.

Die schwulen Männer sind aber nicht die einzigen Sänger, die Karl Scheuber dirigiert. Bis 2001 hat er während 34 Jahren den Singkreis Engadiner Kantorei geleitet, vor 11 Jahren kam der *Psychor* dazu, ein Chor von Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytikern, wenig spä-



**Mit Musik macht Kollege Karl Scheuber auch nach der Pensionierung weiter. Und mit Musik hat er – von der Dreigroschenoper bis zum Schwulen Männerchor – auch stets Politik gemacht.** (Foto: Alexander Egger)

ter auch noch das semiprofessionelle Vokalensemble *Cantapella*. Karl Scheuber ist ein anerkannter Fachmann – mit anderen Worten: eine Koryphäe. Dieser Ausdruck passt auf wenige Menschen so genau wie auf ihn, da «Koryphäe» den Chorführer im antiken Drama bezeichnet...

### Brecht als Stein des Anstosses

Seine Treue zeigt sich auch in der vpod-Mitgliedschaft. Es ist für ihn selbstverständlich, auch nach der Pensionierung Mitglied zu bleiben und so die Gewerkschaft weiterhin zu unterstützen. Er war oft froh, den vpod als Schutz im Hintergrund zu wissen. Seine Lehrtätigkeit im Kanton Zürich begann nämlich zeitgleich mit dem Amtsantritt von Alfred Gilgen als Er-

ziehungsdirektor. Das Verhältnis Scheuber–Gilgen durchlebte eine grosse Bandbreite. Später gab es positive Begegnungen in Sizilien, an einer Synode, anlässlich eines schwulesbischen Festivals. Die andere Erfahrung war die: In den 1970er Jahren führten Schülerinnen und Schüler am 1. Mai unter Scheubers Leitung die Dreigroschenoper von Brecht auf. Zur Mackie-Messer-Melodie wurde ein aktueller Text gesungen. Kritische Zeitungsartikel machten Gilgen auf die Produktion aufmerksam. Daraufhin wurde Karl Scheuber vor den Aufsichtskommissionspräsidenten zitiert und erhielt die Anweisung, die Schülerschaft nicht zu «indoktrinieren».

Das politische Interesse regte sich bereits sehr früh.

Scheuber wuchs als

Sohn des damaligen Gemeindepräsidenten von Hefenhofen (Kanton Thurgau) auf. Der Vater lebte ihm den Grundsatz vor, dass wir dem Staat auch etwas geben müssen, wenn wir etwas von ihm erwarten.

Obwohl er die Grosszügigkeit seiner Zürcher Wohnung, die er mit einem Männerpaar teilt, sehr geniesst, bezeichnet er sich als keinen grossen «Wohner». Seit sechs Jahren hat er in Berlin eine kleine Absteige gemietet.

Zurzeit wohnt und arbeitet dort ein Komponist, der für den Chor *Cantapella* Wandsprüche aus einem SS-Gefängnis vertont. Schon bald wird Karl Scheuber nach Berlin reisen, um die Fortschritte in der Komposition zu sichten und zu besprechen.

# Individuell? Oder kollektiv?



Von Canan Taktak,  
vpod-Regionalsekretärin Zürich

Mich beschäftigt die Haltung unserer Mitglieder, wenn ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert

werden sollen. Wir erfahren davon erst, wenn bereits (individuelle) Massnahmen angekündigt wurden. Dann müssen wir sofort handeln.

In der Arbeitswelt wird die Individualität gefördert, es wird aktiv in diese Richtung gesteuert. Die Einführung von leistungsabhängigen Löhnen ist eines von vielen Beispielen dafür. Die gewerkschaftliche Arbeit orientiert sich aber am Kollektiv. Wir verhandeln für Gruppen, wir handeln für ganze Berufszweige Arbeitsbedingungen aus, damit die Mitarbeitenden eine gute Arbeitsstelle vorfinden und unter fairen Bedingungen arbeiten können.

In einer Dienstabteilung der Stadt Zürich werden neue Funktionsprofile erarbeitet. Auf einmal sol-

len ganze Bereiche tiefer eingestuft werden als bisher. Begründet wird dies unter anderem mit veränderten Arbeitsinhalten. Auffallend ist, dass in den meisten Bereichen sozialpädagogische Aufgaben im Vordergrund stehen. Schleichend wird auf dieser Ebene die betreuerische Tätigkeit abgewertet.

Besonders empört mich, dass die Arbeit nach Klientinnen und Klienten variiert: Je tiefer deren Status (Drogenabhängige, Obdachlose usw.), desto (vermeintlich) tiefer ist die Anforderung. Wer in diesen Bereichen Erfahrung hat, weiss, dass dem überhaupt nicht so ist. Hohe Anforderungen an psychische Gesundheit, Belastbarkeit, Durchhaltevermögen und Motivation der

Betreuenden stellen genau die genannten Gruppen von Klientinnen und Klienten.

Die Tendenz ist auch in anderen Bereichen spürbar. In der Pflege hat die Arbeit mit Menschen mit einer dementiellen Erkrankung das geringste Prestige. Was die Folgen bei Überlastung sein können, hat uns leider der «Fall Entlisberg» in der Stadt Zürich deutlich vor Augen geführt. Deshalb ist es sehr wichtig, dass im Kollektiv gedacht und gehandelt wird. Ich hoffe, dass diese Haltung wieder vermehrt gelebt wird, damit der Individualisierung entgegengewirkt werden kann. Handeln nach dem Motto «Gemeinsam sind wir stark» – gegen den drohenden Verlust von Solidarität.

Grappoli · 6997 Sessa  
Telefon 091 608 11 87, Fax 091 608 26 41  
info@grappoli.ch, www.grappoli.ch

## Veranstaltungen im Mai

Ab Freitag, 1. Mai, bis Donnerstag, 4. Juni  
«Enycreazioni», Gemälde von Enza Ruggiero

Ab Freitag, 8. Mai, bis Sonntag, 23. Mai  
Gastronomische Eventwochen «Apulien». Typische Weine und Gerichte aus dem «Absatz des Stiefels»

Sonntag, 10. Mai  
Muttertag  
Im Rahmen der Veranstaltung «Malcantone in coro»: Konzert mit dem Chor *Piccoli Cantori di Pura* und Animation für Kinder (Mittagessen ab 12 Uhr, Animation ab 15 Uhr, Konzert um 16.30 Uhr)

Freitag, 22. Mai  
Im Rahmen der Veranstaltung «Malcantone in coro»: 18 Uhr und 20.30 Uhr: Konzert mit dem Chor *Eco dal Mondin*

Sonntag, 31. Mai  
20 Uhr: Musik und Tanz mit dem Pianisten *Roger Annen*

Spezial-Offerte im Mai 2009  
**Übernachtung**  
im Doppelzimmer Fr. 75.– (pro Person, pro Nacht)  
ausser Auffahrt und Pfingsten  
im Einzelzimmer zu Fr. 90.– (pro Person, pro Nacht)  
ausser Auffahrt und Pfingsten

Das Frühstück ist im Preis inbegriffen



## Impressum

Herausgeber: vpod

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter (slt)

Sekretariat: Hilde Bigler

vpod-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich  
Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
redaktion@vpod-ssp.ch  
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:  
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 21 000 Exemplare

Anzeigenregie:  
vpod-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich  
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich